

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der sechsgepaltenen Kolonelleile 1 Mark.  
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **367500** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

## Die Berliner Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1906.

I.

Die Berliner Handelskammer hat jüngst den zweiten Teil ihres Berichtes für das verfloßene Jahr veröffentlicht, der auf seinen 525 Folienseiten viel Material zur Information über die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Reichshauptstadt bietet, das auch dann noch von großem Werte ist, wenn man die Einseitigkeit der Darstellung vom Unternehmerstandpunkt aus berücksichtigt.

Zunächst sei dem Artikel „Eisenwaren“ eine Illustration des Niederganges des kleinen Unternehmertums im Handel entnommen. Es wird da nämlich konstatiert, daß im Handel mit Draht der Kleinhandel immer mehr ausgeschaltet wird, weil die großen Verbraucher ihren Bedarf immer mehr bei den Großhändlern oder auch unmittelbar bei den Werken selbst decken. So wird ein Teil des sogenannten Mittelstandes, man möchte sagen auf ganz natürliche Weise vernichtet durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die eben in jeder Beziehung der Konzentration, dem Großen zuströmt. Die Mittelstandsleute aber quälen sich inzwischen ab mit gegenseitigen Verfolgungen wegen „unlauteren Wettbewerbes“ und beschuldigen die Sozialdemokratie, daß sie den Mittelstand vernichte, in welcher törichtigen Auffassung die bürgerlichen Demagogen sie aus rein parteipolitischen Erwägungen wider besseres Wissen unterstützen und bestärken.

Von den Holzschraubenfabrikanten erfährt man, daß ihre im Jahre 1905 ins Leben gerufene Vereinigung im Berichtsjahr durch Vereinbarungen mit den maßgebenden englischen und kontinentalen Werken eine weitere Befestigung erfahren hat. „Der deutsche Export hat“ dadurch zwar eine nicht unwesentliche Einbuße erlitten, doch wurde diese durch den sehr gesteigerten Bedarf des Inlandes zum großen Teil ausgeglichen und die Produktion erfuhr nur unbedeutende Einschränkungen. Gegen die Unterbietungen des Auslandes, konnten die vereinigten Werke auch eine kleine Preiserhöhung für eiserne und eine größere für messingene Holzschrauben einbringen lassen und so die gestiegenen Preise des Rohmaterials und die erheblich erhöhten Herstellungskosten ausgleichen.“ Also ein internationales Unternehmertum, das bekanntlich nicht einzig dasteht, sondern nur eines der vielen internationalen Unternehmertum ist. Bei unserer weitberzigten Auffassung der Dinge und der prinzipiellen Anschauung, daß für die wirtschaftliche Tätigkeit kleinliche Schranken und namentlich auch die drückenden Zölle zu bekämpfen seien, haben wir dagegen nichts einzuwenden. Wir reden deshalb auch nicht von „waterlandslozen Kapitalisten“, fordern jedoch die gleiche Freiheit und Toleranz für die Arbeiter und lehnen darum entschieden die „waterlandsloze Sozialdemokratie“ ab, die die Arbeiter sein sollen, wenn sie mit ihren ausländischen Brüdern sich vereinigen und versammeln, wenn sie sich mit ihnen solidarisch erklären. Was den Unternehmern recht, ist den Arbeitern billig.

Von der Metallschrauben- und Mutterfabrikation wird berichtet, daß alle Betriebe vollauf beschäftigt waren, die Rohmaterialien bedeutend im Preise und auch die Arbeitslöhne gestiegen sind, infolgedessen die Fabrikate sich erheblich teurer stellten. „Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war ein gutes.“

In der gleichfalls gut beschäftigten Emailwarenfabrikation erfolgten dreimal Preiserhöhungen von 5 Prozent und von je 2 1/2 Prozent, zusammen 10 Prozent. Die auf einigen größeren Werken vorgenommenen „Arbeiterbewegungen“ konnten „nach teilweiser Zubilligung der gestellten Forderungen bald beigelegt werden, ohne daß sich dadurch die Lieferfähigkeit der Werke verringert hätte.“ Also. Und dennoch treiben die Unternehmer so oft wegen unzulänglich gerechtfertigten Lohn erhöhungen die Arbeiter in langwierige Streiks.

Die Werke für Eisengußwaren hatten während des ganzen Jahres reiche Aufträge, besonders auch vom Baugewerbe und sie erhöhten die Preise ihrer Fabrikate um 10 bis 20 Prozent. Andererseits seien die Preise für Rohstoffe in noch stärkerem Maße gestiegen und auch die Arbeitslöhne und Gehälter der kaufmännischen Angestellten erhöht worden. „Gutgeschultes Personal mangelt immer noch.“ Und dennoch war eine reiche Produktion möglich. Die Klage dürfte eine bloße Phrase sein.

Der Werkzeugmaschinenbau habe über eine Fülle von Arbeit verfügt, so daß lange Lieferfristen verlangt werden mußten und das Auslandsgeschäft vernachlässigt wurde. Letzterer Umstand gestattete auch nicht, ein Urteil darüber abzugeben, ob die neuen Zollverhältnisse in nachteiliger Weise gewirkt haben. „Die Arbeiterfrage spielte eine große Rolle, insofern Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit eintrat. Daß die Leistungen der Arbeiter durchweg eine Steigerung aufgewiesen hätten, wird in Unternehmerkreisen bestritten.“ Das sind eben einseitige und unkontrollierbare Unternehmerurteile, denen die reiche Erfahrung gegenübersteht, nach der die Arbeitszeitverkürzung eine relative und nicht selten sogar eine absolute Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter zur Folge hat.

In bezug auf die Werkzeuge wird berichtet, daß die Preise großer Artikel, wie Ambosse, Schraubstöcke, Hacken u. s. w. sehr stark gestiegen sind, und zwar nicht nur infolge teurerer Rohmaterialien und Arbeitslöhne, sondern bei Ambossen und Hacken speziell dadurch, daß die Fabrikanten sich vereinigt und gemeinsam die Preise in die Höhe gesetzt haben, und zwar bis zu 25 Prozent. Andere Werkzeuge, zum Beispiel Sägen, Feilen, Hobelisen und Stechbeisel sind um 5 bis 7 1/2 Prozent teurer geworden. Aber trotz der erhöhten Preise war die Nachfrage eine sehr lebhaft, so daß immer längere Lieferfristen gefordert wurden.

Die Solinger Waren, namentlich bessere Messer und Scheren, stiegen infolge des gemeinschaftlichen Vorgehens der dortigen Unternehmer um 5 bis 10 Prozent im Preise. Dazu wird bemerkt: „Nachdem die Solinger Fabrikanten im vorigen Jahre und früher langwierige Lohn- und Prinzipienkämpfe mit den verschiedenen Gruppen ihrer Arbeiter zu bestehen hatten, scheint es jetzt zu einer Sanierung der Verhältnisse gekommen zu sein; die Fabrikanten haben sich im Frühjahr 1906 vereinigt und ihre Preise allgemein um 5 Prozent erhöht, worauf weitere Preiserhöhungen bis 12 Prozent gefolgt sind. Diese letztere, ziemlich sprunghafte Verteuerung der Waren, der die Berechtigung bei der enormen Steigerung aller Rohmaterialien sowie der Arbeitslöhne nicht abzuspüren ist, traf die Händler leider mitten im Weihnachtsgeschäft.“ Wie man sich doch mit vollendeten Tatsachen abzufinden weiß, während vorher oft wegen einer kleinen Lohnvermehrung schon die Existenz der ganzen Industrie gefährdet sein soll.

Die vereinigten Waubeschlagfabriken erhöhten die Preise für Händer und Eden um weitere 17 1/2 bis 20 Prozent, ferner erfuhren auch die Preise der Wauschlöffer, der Beschläge aus Messing, Bronze u. weitere Erhöhungen.

In Tischlereibedarfsartikeln, wie Möbelschließern, Griffen, Beschlägen u. s. w. war fortwährend ein lebhaftes Geschäft. „In beiden Spezialbranchen war das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zufriedenstellend. Unbillige Forderungen wurden im allgemeinen nicht gestellt und billigen Verlangens wurde Rechnung getragen. Kartelle und Syndikate der Wauberwerke waren die treibende Kraft für die Höherwertungen der Eisenwaren und dienten den Fabrikanten als Vorbild, um ihrerseits höhere und einheitliche Preise für viele Artikel zu erzielen, die, wie in den vorhergehenden Jahren, namentlich durch das Angebot seitens kleiner Fabrikanten starke Preisrückgänge erfahren hatten.“

Das Geschäft in Zinkgußwaren war im Vergleich zum Vortage in den Jahren 1905 und 1904 wenig verändert. Der Artikel hat seine Bedeutung, namentlich für den Export, der einst von sehr großem Umfang war, mehr oder weniger verloren. Im Inland finden im allgemeinen nur die billigen Bazarartikel Absatz. „Die Preise hierfür lassen in Anbetracht der verhältnismäßig hohen Rohmaterialkosten viel zu wünschen übrig.“

Die Branche der Kupfer- und Messingwaren erfreute sich einer regen Nachfrage. Die Herstellung von Rundmessing sowohl für elektrische Zwecke als auch für die Schraubenfabrikation wurde erheblich vergrößert. Der Absatz in Messingblechen und Messingdraht hielt hiermit gleichen Schritt. Ebenso war der Absatz von Messingröhren und besonders von Kondensatorröhren in den verschiedenen Regierungen für Kondensatoren in der Maschinenbranche wie für den Schiffbau befriedigend. „Die Preise waren jedoch, infolge der scharfen englischen Konkurrenz, immer noch keine besonders gewinnbringenden.“ Kupferrohrend wurden, wie im Vortage, durch den deutschen Kupferrohrendverband respektive Verkaufsstelle in Köln als Vertreterin sämtlicher deutschen Werke direkt an die Konsumenten verkauft; die Preise ließen einen angemessenen Nutzen, wenn auch mit Rücksicht auf die außerhalb des Syndikats stehenden Werke in einzelnen Fällen die Drobes nur unter Preisopfern hereinzubringen waren.“ Na, mit den „Preisopfern“ der Unternehmer war es zweifellos nicht schlimm, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Preise ganz bedeutend erhöht worden sind. So notierten:

	Januar	Dezember
	Markt für 100 Kilogramm	
Kupferblech . . . . .	207	258
Kupferstangen . . . . .	206	261
Kupferrohr . . . . .	223	286
Messingbleche . . . . .	162	198
Messingstangen . . . . .	152	188
Messingrohr . . . . .	175	210

Das sind Preiserhöhungen bis zu 25 Prozent und dabei sei noch immer „nichts verdient“ worden. Das glauben die Herren der stärkste Mann nicht. Mit Verriedigung wird berichtet, daß in dieser Industrie keinerlei Streikbewegungen vorgenommen seien.

Neusilber- und Messingwaren konnten wegen der hohen Zölle, die Österreich und Rußland erheben, nur in hoher Form dahin ausgeführt werden; nach Frankreich ging der Export zurück. Preiserhöhungen bis zu 15 Prozent für fertige Fabrikate konnten leicht durchgeführt werden. Im Verkehr mit den Arbeitern seien irgend welche erhebliche Schwierigkeiten nicht vorgekommen, „was wohl mit darauf zurückzuführen sei, daß Arbeitskräfte in der Branche nicht reichlich angeboten waren.“ In vernickelten Metallwaren war der Geschäftsgang befriedigend, da die in tausendfältigen Formen hergestellten Gebrauchsgegenstände, die den verschiedensten Bedürfnissen angepaßt sind, beim Publikum in Gunst stehen. Auch aus dieser Branche wird geklagt, daß die durchgeführten Preisaufschläge die Mehrkosten der Rohmaterialien und der „steigenden Löhne“ nicht voll ausgleichen konnten.

Die Branche für Blechemballage sei flott beschäftigt gewesen, habe aber, da die Durchführung der Preiserhöhungen häufig durch die scharfe Konkurrenz vereitelt wurde, unter den gedrückten Preisen zu leiden gehabt, so daß sich „beträchtliche Kapitalverluste ergaben, die den Übergang von Fabrikanten in andere Hände herbeiführten.“ Die Arbeiter erzielten eine Lohnvermehrung von durchschnittlich 10 Prozent. „Wenn die Forderungen auch meist auf friedlichem Wege erledigt wurden, kam es doch auch vorübergehend zu kleineren Arbeits-einstellungen.“

Für Bronzequß und Bronzewarenen dürfte das Geschäftsjahr 1906 sowohl bezüglich der Umsätze als der Ertragsnisse ein noch ungünstigeres als das schon unbefriedigende Jahr 1905 gewesen sein. Beim Auftreten der neuen Stilarten nahmen Frankreich, Italien, Spanien und Belgien die deutschen Fabrikate billig auf, aber man ist vielfach dort zu den alten historischen Stilarten zurückgekehrt, in denen Frankreich überaus reichlich und nunmehr wieder die

vorgenannten Länder hauptsächlich versorgt. Rußland ist naturgemäß für Luxusartikel zurzeit ein schwächerer Abnehmer, während der Export nach England sich eher gehoben hat. Ausgesprochen gut war der Absatz nach den Vereinigten Staaten und Südamerika. Erstere gehen allerdings immer mehr dazu über, die deutschen Modelle abzugeben und in geringwertigerer Ausführung billiger auf den Markt zu bringen; nichtsdestoweniger würde sich das Geschäft nach Nordamerika heben, wenn die hohen Zölle auf dem Vertragsweg ermäßigt würden.

## Hausindustrielles aus Baden.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der badischen Fabriksinspektion für 1906 enthält als Anhang auf 41 Druckseiten eine allgemeine Darstellung der Hausindustrie in Baden, die auch manches Interesse für unsere Leser bietet. Über die Verhältnisse der Heimarbeit in der Bijouterieindustrie ist in diesem Blatte bereits näheres mitgeteilt worden, so daß wir sie nur im Zusammenhang kurz berühren werden.

Die badische Hausindustrie beschäftigte nach den im Berichtsjahr vorgenommenen amtlichen Ermittlungen über 18000 Personen, wovon 5799 männlichen und 18011 weiblichen Geschlechtes. Diefen standen 28637 Fabrikarbeiter gegenüber. Die Zahl der als „Gehilfen“ tätigen Heimarbeiter betrug 1723, wovon 889 männliche und 834 weibliche. Mit diesen steigt die Gesamtzahl der Heimarbeiter auf 20583. Namentlich bedeutend ist die Heimarbeit in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes. Sie ist in 12 Amtsbezirken und 71 Gemeinden vertreten. Die Zahl der Heimarbeiter beträgt 1294. Während in den vier größten Hausindustrien (Zigarren-, Porzellan-, Wärfen- und Seidenbandindustrie) das weibliche Element beträchtlich überwiegt, zeigt die Uhrenindustrie das umgekehrte Verhältnis. Von den 1294 Heimarbeitern sind 947 männlichen und 347 weiblichen Geschlechtes. Unter den Heimarbeitern befinden sich 75 Kinder unter 14 Jahren, von denen 47 männlichen und 28 weiblichen Geschlechtes sind. Die Uhrenmacherie stellt hinsichtlich der Kinderbeschäftigung an siebenter Stelle, sie beschäftigt 4,22 Prozent aller in der Hausindustrie tätigen Kinder.

In sechs Amtsbezirken und 36 Gemeinden beschäftigt die Bijouterieindustrie 808 Personen, entsprechend 4,27 Prozent aller Hausindustriellen, darunter 320 männliche und 488 weibliche Personen. Gelegentliche Kinderarbeit kommt vor, wurde aber statistisch nicht erfaßt. Mit der Herstellung von Emailschilbern sind 7, von Instrumenten 7, von Maschinen und einzelnen Bestandteilen von solchen 4, mit der Lötlöffelschmiederei 1 Heimarbeiter beschäftigt.

Es werden sodann die Verhältnisse der Jugendlichen, der Arbeiterinnen und der Arbeiter gesondert dargestellt. Der Bericht konstatiert, daß die möglichst frühe Beschäftigung der in der Familie vorhandenen Arbeitskräfte nicht selten zu schreienden Mißbräuchen geführt hat. „No irgend dazu Gelegenheit geboten ist, müssen die Kinder mitverdienen helfen. So besonders in der Heimarbeit der Porzellan- und Glaserfabrikation, Schuhflechterei, Seidenbandweberei, Uhrenmacherie u. s. w. Sind die Kinder der Schule entwachsen, so werden sie in die Fabrik, in die Lehre, in den Dienst geschickt oder sie arbeiten zu Hause weiter. Was sie draußen erwerben, wird alles oder zum größten Teil nach Hause an die Eltern geschickt; was sie zu Hause verdienen, wird an die Eltern abgeliefert, die für Ernährung, Bekleidung und Bewahrung sorgen. Das Verhältnis wird nicht selten lange Jahre, manchmal bis zur Verheiratung fortgesetzt. Solcher Zusammenhalt der Familie ist für den Haushalt und für die Gemeinde von großer wirtschaftlicher Bedeutung und in ethischer Beziehung hoch zu werten. Kenner von Land und Leuten verzichten, daß gerade hausindustrielle Familien in dieser Richtung gutes Beispiel geben. Viele Eltern sehen in der frühzeitigen Heimarbeit der Kinder in deren späteren Selbsttätigkeit eine selbstverständliche Gegenleistung für Mühe und Kosten des Aufzieheas. Manche träumen träben Heimarbeit nur so lange, bis die Kinder zu den Kosten des Haushaltes beitragen können. Durch den Mitterdienst der Kinder wird in vielen Fällen das seit Jahren unzulängliche Einkommen ausreichend, ja häufig wird die Existenz nur durch den Verdienst der größeren Kinder ermöglicht. Viele Mütter glaubten auf den erzieherischen Wert der Arbeit hinweisen und betonen zu müssen, daß durch die Heimarbeit die Kinder wenigstens zeitweise von der Straße und dem Umgang mit ungezogenen Kindern ferngehalten würden. Der Illusion, daß frühzeitige Gewöhnung an Arbeit die Kinder zu besonders fleißigen Menschen heranzubilde, gaben sich die Eltern zumeist nicht hin. Die Abneigung der Kinder gegen die Heimarbeit wurde vielfach zugegeben. Einzelne Mütter gestanden zu, daß sie die Kinder durch Schläge zur Arbeit zwingen mußten, dagegen sind auch vernünftige Familienväter gegen die Heimarbeit der Kinder.“

„Sehr richtig!“ möchte man zu den letzten Worten sagen, die in scharfem Gegensatz zu den im Vorhergehenden entwickelten selbstamen Theorien stehen, nach denen die Heimarbeit der Kinder und die von den Eltern praktizierte niedere und gewalttätige Ausbeutung derselben geradezu als etwas müßiggütiges gepriesen und zur Nachahmung empfohlen werden. Wir finden diese Verhältnisse sehr faul und verwerflich. Es ist eine rohe Einstellung und ethische Verwahrlosung und Verwahrlosung von Eltern, wenn sie förmlich vom Tage der Geburt an schon auf die heranwachsende Arbeitskraft im Kinde spekulieren und sie dann auch rücksichtslos ausnützen; mit lächerlichen Redensarten zu beschönigen versuchen, daß sie dem Kinde die goldenen Tage der Jugendzeit abstreifen; sie im häuslichen Glend, im Sumpfe der Heimarbeit festhalten und ihr ganzes Leben lang dazu verurteilen, statt sie, soweit möglich, etwas tüchtiges erlernen zu lassen und in die Welt hinauszuführen, um sich ein besseres Los, als das eines vereitelten Heimarbeiters ist, zu schaffen.







In dem Bericht sind auch die Zahlen der „Arbeitervertreter“ in den Berufsgenossenschaften angegeben. Man darf sich aber nicht irren lassen, daß es sich etwa um Arbeitervertreter in den Vorstand oder Entscheidungskommissionen der Berufsgenossenschaften handle. So zählt zum Beispiel die Berufsgenossenschaft der Feinmechaniker 45, die Metallisch-Weißbleich-Gülden- und Holzwerk-Berufsgenossenschaft gar 50 „Arbeitervertreter“ auf. Es handelt sich dabei eben nur um die von den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalt gewählten Vertreter der Versicherten, welche bei Beratungen über die zu erlassenden Unfallversicherungs-Vorschriften zuzuziehen sind.“ Um weiter nichts!

Gemeldet wurden im Jahre 1905 überhaupt von allen Berufsgenossenschaften 609 160 Unfälle gegen 588 365 des Vorjahres! Davon wurden entsehädigt 134 695 (181 200); darunter Unfälle mit tödlichem Ausgang: 8928 (8752), sowie Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit: 1487 (1604). Die Getöteten haben hinterlassen: 6188 (6151) Witwen und 12564 (12618) Kinder.

Aus den Zahlen der Metall-Berufsgenossenschaften fällt uns auf, daß von den entschädigten Unfällen zusammen 4431 sich an Motoren- und Arbeitsmaschinen ereignet haben. Auch die übrigen Ziffern geben uns natürlich kein genaues Bild, da eben nur die entschädigten Unfälle, nicht aber die gemeldeten Fälle berücksichtigt werden.

Soweit die Zahlen aus den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes, die aber an Bedeutung noch gemindert werden, wenn ihnen etwas mehr „Zeit“ und „Erklärung“ beigegeben wäre. Trotzdem reden diese Zahlen eine sehr beredete Sprache vom Schicksal und Mißs des Arbeiters, der in gesunden, arbeitsfähigen Tagen seine Arbeitskraft so teuer als möglich verkaufen sollte. Als Unfallverletzter scheidet er ja aus dem Bereich der modernen Betriebe sowieso aus.

### Schwarzgelber Konkurrenzneid.

Es. In der Zentrum- und christlichen Gewerkschaftspropaganda sieht man heute zahlreiche Artikel gegen die gelben Gewerkschaften, wozu man auch den an den Pfingsttagen in Hamburg gegründeten Bund vaterländischer Arbeitervereine rechnet. Diese Artikel begreifen gewöhnlich mit der Klage über die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung und ergeben sich dann in der Schilderung von der Notwendigkeit des Zusammenhaltes und den Gefahren, die der Arbeiterbewegung von weiteren Zersplitterungsversuchen drohen. So heißt es in einem Artikel der Sozialpolitischen Korrespondenz (Hr. Stadbach): „Die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung in mehrere Gewerkschaftsorganisationen beeinträchtigt nicht allein die Aktionskraft derselben, sondern sie schwächt sie auch gegenüber den auf ihre Bekämpfung gerichteten Versuchen. Worauf es liegt, daß diese Zersplitterung in Deutschland einreisen konnte im Gegensatz zu England, wo sich die Arbeiterbewegung, wenn auch in weniger zentralisierten Verbänden, so doch auf einheitlicher gewerkschaftlicher Basis vollzog, braucht angesichts der historischen Entwicklung wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Die enge Verbindung zwischen sozialdemokratischer Partei und den freien Gewerkschaften, die beide einende sozialistisch-materialistische Weltanschauung, zwang die nichtsozialistischen Arbeiter, die gewerkschaftlichen Drang in sich fühlten, zur Gründung wirklich neutraler Gewerkschaften ohne politische Nebenbedeutungen, als welche heute die christlich-nationalen Gewerkschaftsorganisationen in Gegensatz zu den 'freien' sozialistischen als historische Tatsache daherkommt.“

Daß inf der alte Schwindel von der Neutralität der christlichen Gewerkschaften, die doch in Wahrheit nichts sind als Zentrum-Unternehmungen, gegründet zu dem Zwecke, die katholischen Arbeiter vor dem Eintritt in die bestehenden Verbände und von der Beherrschung mit der sozialistisch gestimmten Arbeiterschaft fernzuhalten — im Interesse der Zentrumspartei und im Interesse des Unternehmertums. Während der Zeit, der lennt entweder die Engehung und die Geschäfte der christlichen Gewerkschaften nicht oder er redet die Unwahrheit. Die christlichen Gewerkschaften gleichen von Haus aus den gelben Organisationen wie ein faules Ei dem andern. Hinter dem „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ steht der Reichsverband. Hinter den christlichen Gewerkschaften steht das Zentrum. Hier wie dort ist der Hauptzweck: Bekämpfung der Sozialdemokratie und der ihrer gleichgestellten Gewerkschaftsverbände. In den ersten Jahren der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist das unverblümt zum Ausdruck gekommen. Man rief sich offen an als die Helfer vor dem „Umsturz“, und Weihbischof Schütz aus Köln, einer der Mitgründer des christlichen Arbeitgeberverbandes, war so aufständig, im Oktober 1897 zu bekennen, daß dieser Verband als einziger Feind die Sozialdemokratie bekämpfe.

Der Artikel der M.-Stadbach Korrespondenz nimmt es nun den Hamburger Gelben gewaltig übel, daß sie den Streit verkörpert und Meinungs- und Interessenverschiedenheiten zwischen Unternehmern und Arbeiter auf friedliche Wege zum Austrag bringen wollen. Ja, wissen denn die Gelehrten von M.-Stadbach nicht, daß die christlichen Gewerkschaften mit ganz genau denselben Ansprüchen ins Leben getreten sind? Damals, als die ersten christlichen Organisationen auftraten, wurden die bestehenden Verbände als „Streikvereine“ bezeichnet, die keine andere Aufgabe hätten, als den Klassenkampf zu führen und zum Klassenkampf zu heißen. Demgegenüber spielten sich die Christlichen als die Versöhnlichen und Friedfertigen auf, sie betonen die „Gemeinlichkeit der Interessen von Kapital und Arbeit“ und versprachen — genau wie jetzt die „Vaterländischen“ in Hamburg — auf einen friedlichen Ausgleich etwaiger Konflikte hinzuwirken. Darin hat sich ja nun bei den Christlichen manches geändert, nicht mit Willen der Hinter- und Vordermänner, sondern auf Verreiben der katholischen Arbeiter, die, als sie sahen, daß der Kampf an das „gute Gertz“ der Unternehmer nichts fruchtete, zum Kampfe, zum Ausstand und damit vielfach auch zum Zusammengehen mit den anderen Organisationen und den von ihren Führern vermaledeiten Sozialdemokraten übergehen mußten.

Es ist gewunder der Christliche Antikatholik, er er sie sich jetzt den Gelben gegenüber als die aufrichtigen und zuversichtlichen Arbeiterfreunde auftreten, die nie etwas anderes gewollt hätten, als das Wohl des Proletariats, die dem Unternehmertum stets die Sinne gezeigt und das Klassenrecht bis zu seinen äußersten Konsequenzen zum Streit, angewandbet hätten. Noch heute ist ein beträchtlicher Teil der christlichen Arbeiterbewegung, die Berliner Richtung, abgelehnter und grundtätiglicher Gegner des Ausstandes, und die Sacharbeiter berufen sich dabei auf die Zustimmung der Bischöfe und der höchsten Person der Kirche: des Papstes. Und der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften konnte noch in seinem letzten Jahresbericht selber den Beweis bringen, wie eng die Beziehungen der christlichen Arbeiterbewegung mit den Gelben sind. In dem Sonderbericht aus Bayern hieß es nämlich bezüglich Augsburg: „Hier kann die bedauerliche Tatsache nicht verschwiegen werden, daß leider die hiesigen katholischen Arbeitervereine einen beträchtlichen Teil der Gelben, sogar hervorragende Führer derselben liefern, und daß sich letztere sogar dreist und lächerlich als die Herren der Situation in den konfessionellen Vereinen gebärden. Solange hier nicht Wandel geschaffen wird, kann die christliche Gewerkschaftsbewegung in Augsburg sich in Dornen verfangen und wird trotz alledem nicht vorwärts kommen. Und wenn in den konfessionellen Vereinen dieser Zustand nicht bald ausgeräumt wird, dann ist Augsburg für die christliche Arbeiterbewegung — nicht allein für die Gewerkschaften — für absehbare Zeit verloren.“

So spinnen sich die Fäden von den Christlichen zu den Gelben hinüber und herüber, ganz abgesehen von ihrer inneren Seelenverwandtschaft und grundsätzlichen Übereinstimmung, wie sie namentlich durch den gemeinsamen Haß gegen die Sozialdemokratie gegeben ist. Was die Christlichen gegen die „Vaterländischen“ in Hamburg bringt, zeigt nicht etwa von der Gegenüberlichkeit beider Organisationen; im Gegenteil: beide haben in Verhältnis von Konkurrenz, und die Christlichen können deshalb auf die „Vater-

ländischen“ los, weil sie beide dasselbe wollen, beide auf denselben Felde grasen und sich das Futter reiben, das allerdings auch nicht allzu reichlich für sie wächst. Die Christlichen wie die „Vaterländischen“ grasen auf dem Felde der unorganisierten, nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft. Das Futter wächst, wie gesagt, nicht allzu reichlich, das zeigt das mühsame Aufstreifen der Mühlsteineverehr der christlichen Gewerkschaften, die ein Malilied ergattern, wo unsere Organisationen um zehn zunehmen. Da erklärt es sich, daß sie zu jeder Konkurrenz scheinbar sehen und über den „unlauteren Wettbewerb“ erboft sind. Aber sie haben nicht den mindesten Grund dazu, da die „vaterländischen“ Gelben nur das fortsetzen, was die christlichen Schwarzgelben begonnen haben.

In vorigen Sommer erging von den christlichen Gewerkschaften, den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen ein Aufruf an die „christlich-nationalen Arbeitervereine“ Deutschlands und es tat sich ein Unternehmen auf, das sich „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ nannte. Das „Christliche“ genügte den Herren Giesberts, Behrens und Griesen nicht mehr, sie wollten sich auch noch durch ihre „nationale“ Bestimmung vor den „vaterländischen“ und „reichsfeindlichen“ Sozialdemokraten auszeichnen. Das war vor den Ereignissen des 13. Dezember 1905, von welchem Tage ab das Wort „national“ für das Zentrum etwas anständig wurde. Damals aber stand es hoch im Ansehen auch im ultramontanen Lager und die Christlichen beider Konfessionen nahmen es in ihren Namen auf, um ihr neues „christlich-nationales“ Unternehmen allen Gutgesinnten, namentlich nach oben, wirksam zu empfehlen.

Was aber haben die Gelben in Hamburg anders getan, die sich als „vaterländisch“ bezeichnen, die gute deutsche Übersetzung für „national“. Und wer will es ihnen verübeln, wenn sie die christlichen Gewerkschaften zur Pflege nationaler Gesinnung für nicht geeignet halten und für ihren besonders hoch entwickelten „Patriotismus“ besondere „vaterländische“ Organisationen für nötig halten? Was den Schwarzgelben recht ist, muß den Gelben billig sein. Und wenn die Christlichen jetzt über den unbehaglichen Wettbewerb jammern, so können ihnen die Vaterländischen entgegenhalten: Wir machen ja nur nach, was ihr uns vorgemacht habt; weshalb soll die Arbeiterzersetzung mit euch ein Ende haben? In der Tat ernten die Christlichen in den „Vaterländischen“, was sie gesät haben. Das gelbe Fräulein ist schwarzen Boden entsprossen. Und wenn die M.-Stadbach Korrespondenz den Bund der „Vaterländischen“ als „Unkraut“ bezeichnet, so haben wir darauf keine andere Entgegnung als: Was kann auf „christlichem“ Boden anders gedeihen als Unkraut?

### Hirsch-Dunderscher Verbandstag.

Zu derselben Zeit, wo in München unsere Generalversammlung tagte, war in Berlin der 16. Verbandstag der deutschen Gewerksvereine zusammengetreten. Da waren natürlich außer den Delegierten und all den Hirsch-Dunderscher Größen noch Vertreter der Regierung und bürgerliche Sozialreformer anwesend, was von der Hirsch-Dunderscher Presse mit besonderem Behagen vermerkt wird. Gönnen wir den Hirschen das Vergnügen!

Über: Die Tätigkeit und Entwicklung der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem 15. Verbandstag 1904 referierte der „Verbandsredakteur“ Goldschmidt. Er führte aus: „Die Gewerksvereine wirken, ohne einer politischen Partei verpflichtet zu sein, in echt liberaler Geiste zur Verwirklichung einer wahrhaft sozial veränderten Demokratie. Doch dürfen sie den Grundgedanken der politischen Neutralität nicht preisgeben. Der Gewerksvereinsgedanke schreitet stetig vor. Denn auch die gegnerischen Organisationen haben nur da Erfolge, wo sie sich auf den praktischen Boden der Gewerksvereine stellen. Der Klassenkampf dagegen war fast ausnahmslos ohne Erfolg. Der Zentralrat holte vom letzten Verbandstag in Hannover den Auftrag ab, die Frage einer Sonderausgabe einer täglichen Gewerksvereinszeitung zu prüfen. Da sich aber statt 20000 nur 6000 freiwillige Abonnenten meldeten, mußte vorläufig davon Abstand genommen werden. Im Oktober 1904 wurde der erste allgemeine deutsche Wohnungslongress beschickt, der allerdings der praktischen Wohnungsreform wenig nützte. Die beste Wohnungsreform sei, das Entkommen der unteren Volksklassen zu haben. Der Wunsch des Verbandstags nach Errichtung einer Heilanstalt konnte nicht erfüllt werden. Als Ersatz wurden volkswirtschaftliche Abende und ein volkswirtschaftlicher Sonntagsskizzen im Verbandshaus eingerichtet.“

Der Redner geht dann auf die Bedeutung der Tarifverträge ein, die leider von der sozialdemokratischen Presse in Mißkredit gebracht wurden. Wo aber der friedliche Weg vorangeht, haben unsere Gewerksvereine mit Erfolg gekämpft. 1904 bis 1906 bezahlte die Werkschäfte 21 870 Mk. an Beihilfen für Streiks und Aussperrungen. Weitere 55 516 Mk. wurden durch Sammlungen aufgebracht. Der Verband hat die Frage des Heimarbeiterrechtes kräftig gefördert. In der Heimarbeiterausstellung 1905 in Berlin war er beteiligt, und bei dem im Reichstag von Vertretern aller bürgerlichen Parteien eingetragenen Initiativantrag ist der Einfluß des Beschlusses des Hannoverischen Verbandstags deutlich zu erkennen. Unendlich ist, daß fast die gesamte Arbeiterbewegung für die eingetragenen Berufswerte zunächst ein Gesetzentwurf über die Arbeitszimmer und vor allen Dingen ein einheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz geschaffen werden soll. Man mag die Versammlungen der Anarchisten und auch die des Grafen Rüdiger beaufsichtigen. In Zeiten besonderer Erregung mag die Sache etwas anders zu beurteilen sein; in normalen Zeiten aber sollte von einer Überwachung, besonders der Versammlungen von Arbeiterberufsvereinen, ganz abgesehen werden. Sodann ist aber das Koalitionsrecht auch gegen den Terrorismus zu schützen, den die Mitglieder sozialdemokratischer Organisationen vielfach gegen andersdenkende Arbeiter ausüben. Dieser Terrorismus ist eine Schmach für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. (Lebhafte Beifall.)

Die letzte Verbandsperiode fiel in eine Zeit beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwunges. Trotzdem hat die Agitation leider nicht die erhoffte Erfolge gehabt. In der letzten Verbandsperiode ist die Mitgliedszahl von 110 025 auf 118 518, also um 8433 Mitglieder gestiegen. Sie zeigt gegenüber den früheren Perioden relativ und absolut das geringste Wachstum. Der Verbandstag muß die rechten Mittel finden, wieder ein rasches Tempo in der Vermehrung der Mitglieder zu erreichen. (Sehr wahr.)

Schließlich wirtet vor allem die vielfach aus Streikmüden, bisher sozialdemokratischen Arbeitern, bestehenden gelben Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie ist die Mutter, der Radikalismus der Vater der gelben Gewerkschaften. Zahlreiche ihrer Mitglieder werden mit der Zeit für die Gewerksvereine zu gewinnen sein.

Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Entwicklung hat es an Arbeitslosigkeit nicht gefehlt. In den Jahren 1904 bis 1906 waren 14 123 Mitglieder im ganzen 280 749 Tage arbeitslos und erhielten aus den Gewerksvereinskassen 448 968 Mk. Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeit der deutschen Gewerksvereine gilt aber auch fernweh nicht nur dem materiellen, sondern vor allem auch dem geistigen Wohle. Leider ist uns mancher treue Führer und Mitkämpfer durch den Tod entzogen worden. Aber neue Streiter in immer größerer Zahl marschieren auf, um der großen Sache der deutschen Gewerksvereine den Sieg erringen zu helfen im Interesse der Arbeiter, des Volkes, des Vaterlandes. (Lebhafte Beifall.)

Dieser Tätigkeitsbericht“ bezeichnet die ganze Gewerksvereinserei besser als wir es könnten. Dabei können wir Herrn Goldschmidt das heuchlerische Gerede von der „politischen Neutralität“ gern überlassen. Der „Gewerksvereinsgedanke“ — auch so ein molkenhaftes Wort, deshaßter Begriff — „schreitet stetig fort“ und gleich darauf muß der Redner zugeben, daß sie nicht einmal kumulierte 20 000 Abonnenten für ein täglich erscheinendes Gewerksvereinsblatt aufzuweisen konnten. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, wie für ein solches Blatt agitiert worden ist, was für Mühe es sich die überhirschten Verschiedenen Sätze haben lassen, um ihren Geizhals die Sache rundgerecht zu machen. Vollends offenbar wird das ganze Hirsch-Dundersche Gerede, wenn man sich den Jahresbericht drei Jahre ansieht. An diesem Jahresbericht ist der größte Gewerksvereiner, der der Reichshandwerker- und Metallarbeiter, am ungeschicktesten,

denn der ist in der letzten Zeit sogar zurückgegangen. Nichtsdesto weniger „schreitet der Gewerksvereinsgedanke stetig fort“. Allerdings hat „die Agitation leider nicht die erhofften Erfolge gehabt“, obwohl die „letzte Verbandsperiode in eine Zeit beispiellosen Aufschwunges fiel. Damit nun niemand auf den Gedanken kommt, wir hätten diesen Bericht über Goldschmidts Referat in tendenziöser Weise zurechtgestutzt, wollen wir nicht unterlassen zu bemerken, daß wir ihn vordröckel, der Berliner Volkszeitung (Nr. 232 vom 21. Mai 1905, Nebenbeilage) entnommen haben, also einem Blatte, das den Hirschen ganz besonders günstig ist. Obendrein hat Herr Goldschmidt am Schlusse des Verbandstags noch dem Berichterstatter für seine objektive Berichterstattung gedankt. Am dem Bericht ist also nicht zu zweifeln. Nichtsdesto weniger, verschwiegen ist auch der übrige Teil der Goldschmidtschen Rede, mit Ausnahme der Stelle, die von „Terrorismus“ handelt, „den die Mitglieder sozialdemokratischer Organisationen vielfach gegen andersdenkende Arbeiter ausüben“. „Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung! Lebhafter Beifall!“ „Schrum! Scharfmacher, Reichsverbändler und Hirsche haben sich am gleichen Stränge zusammengehunden. Warum auch nicht? Sie passen gar zu gut zueinander. Man könnte einen Preis aussetzen für die beste Antwort auf die Frage: Wer von den dreien versteht sich am besten auf Lügen? Unüberblich schön ist ja nun der Satz: „Die Sozialdemokratie ist die Mutter, der Radikalismus der Vater der gelben Gewerkschaften.“ Wenn damit gesagt sein soll, daß die gelben Verbände dort ins Leben gerufen worden sind, wo die in den Gewerkschaften organisierten, ihrer politischen Bestimmung nach sozialdemokratischen Arbeiter den Unternehmern zu unbehagen wurden und diese sich bewegen in den gelben Verbänden eine allzeit bereite Streikbrechergarde sichern wollten, so kann das stellenweise zutreffen. In den Gebenden und der Betrieben, wo die Hirsche noch die Herrschaft haben, da — brauchen die Unternehmer keine gelben Gewerkschaften.

Die Diskussion muß auch auf einer ganz erstaunlichen Höhe gefahren haben. Am Beispiel hat ein Redner „schärf gerügt“, daß die Berliner Stadterretzung den Verbandstag nicht begrüßt hat. Eine solche Begrüßung wäre allerdings ein sehr geeignetes Mittel gewesen, den seitzehnjährigen Hirschenlarven wieder flott zu machen. Das dankbarste Thema war anscheinend wieder der „Terrorismus der Sozialdemokratie“. Nicht mit Unrecht belonte demgegenüber ein anderer Redner, daß doch nicht in erster Linie „die Sozialdemokratie“ zu bekämpfen sei, sondern die Unternehmer. Aus den uns vorliegenden Berichten verschiedener bürgerlicher Blätter ist nicht zu ersehen, welchen Eindruck diese Ausführungen gemacht haben. „Sehr richtig“ scheint diesmal nicht gerufen worden zu sein. Statt dessen hat aber der Referent in seinem Schlußwort sich dagegen gewendet. Gerade jetzt, wo die Unternehmer sich zu Verbänden zusammenzuschließen und jeden kleinen Streik mit einer Aussperrung beantworten, sei das weniger angebracht als je. Auch stellen sie nicht glauben, daß sie den Radikalismus der Wind aus den Segeln nähmen, wenn sie sich auch noch so radikal gebärden. (Zwischenruf: Sehr gut!) Also, die Unternehmer werden ungemächlich und da heißt es für einen braven Hirsch-Dunderschen doppelt artig sein. Diese Parole haben die Hirsche aus dem Munde ihres Obergenerals vernehmen können. Eine solche Parole mag für solche passen, die den Arbeitererrat systematisch betreiben wollen, jeder anständigen Arbeiter wird sich aber von einer solchen Gesellschaft mit Ekel abwenden.

In ähnlicher Weise wurde die „Vertretung der Arbeiterinteressen“ während des ganzen Verbandstags betrieben. Sobald einmal ein Redner etwas energischer Töne gegen das Unternehmertum ansagte oder sonstwie etwas freieseres Leben in die Gewerksvereine hineinschleusen wollte, erfolgte prompt der anständige Wasserstrahl. Der Generalkrat hatte einen Entwurf zu einem „Programm der deutschen Gewerksvereine“ vorgelegt. Zur Begründung dieses geradezu jämmerlichen Machwerkes mußten mehrere Referenten aufmarschieren. Nichtsdesto weniger fand der Entwurf keine Gnade vor den Hirschenaugen. Es wurde eine Kommission gewählt, die dann auch am sechsten Verbandstag einen völlig neuen Programmentwurf vorlegte. Dieser lautet:

„Die Entwicklung der Volkswirtschaft und mit ihr die beherrschende Stellung der Großbetriebe und des Großkapitals schaffte eine stark wachsende Bevölkerungsmasse, die keine weitere Sicherung ihrer Existenz und ihres Fortkommens hat als ihre Arbeitskraft. Die glänzende Verwertung dieser Kraft, die Verhinderung ihrer ungezügelter Ausnützung sowie die Sicherung des kulturellen Fortschritts der breiten Bevölkerungsmassen, ihre ethische Gebung ist Aufgabe aller wahren Volksfreunde, in erster Linie aber der Arbeiterklasse selbst. Das wertvollste Mittel zur Lösung dieser Aufgabe ist der Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen in Gewerksvereine.“

Die Gewerksvereine haben auf nationalem Boden, sie erwarten daher die Befreiung der Arbeiterklasse nicht von einer internationalen Verbrüderung, wohl aber erstreben sie den Austausch der Erfahrungen mit ausländischen Gewerksvereinen und die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen. Die Gewerksvereine stellen, um die Durchführung ihrer Aufgabe wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen. Sie sind mitnichten religiös neutral und parteipolitisch unabhängig. Die grundlegende Richtung der Gewerksvereine ist eine vollständig freiheitliche.“

Die Gewerksvereine fördern die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung bei der Geschlechter.“

Die Gewerksvereine erstreben in wirtschaftlicher Hinsicht für den Arbeiter einen wachsenden Anteil an dem Ertrag der Arbeit. Die Festsetzung der Arbeitsbedingungen hat unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erfolgen. Der geeignete Weg hierzu ist der Abschluß von Tarifverträgen. Sie geben grundsätzlichen hierbei dem Wege der Verhandlung den Vorzug, streuen aber den Kampf nicht, wo ihren berechtigten Forderungen die Anerkennung verweigert wird oder ihre Rechte und Interessen verletzt werden.“

Die Gewerksvereine verlangen von der Gesetzgebung: umfassende Sicherung des allgemeinen Arbeiterschutzes in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung; Erweiterung der Fürsorge besonders für Kranke, alte und invalide Arbeiter; Befreiung aller Gewerke, die die Instandhaltung der Arbeiterschaft betreffen, sowie ausgedehnte Einwirkung auf heiliger gütliche und sittliche Erziehung des Volkes.“

Die Durchführung dieser Forderungen verlangt eine entschiedene Beteiligung aller Gewerksvereiner am politischen Leben im Sinne dieser Grundsätze.“

Zur Durchführung ihrer Aufgabe auf dem Wege der Selbsthilfe bedienen sich die Gewerksvereine folgender Mittel: 1. des gemeinsamen Vorgehens bei Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern und der Gesetzgebung; 2. der Arbeitsvermittlung durch eigene oder paritätische Nachweise; 3. der materiellen Unterstützung der Mitglieder in allen Postlagen des Lebens; 4. der Förderung der beruflichen und allgemeinen Bildung; 5. des gemeinschaftlichen Zusammenstehens zur gemeinsamen Beschaffung der Wirtschaftsbedürfnisse und von Wohnungen.“

Das Werk an diesem Entwurf ist der erste Absatz. Es sind darin sogar — allerdings in bürgerlich-demagogischem Sinne verballerte — Anklänge an das Erfurter Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorhanden. Der übrige Teil des Programms ist aber unverständlich Hirsch-Dundersch. Was dem Kapitalismus den Hals, aber mache ihn nicht naß! Außer dem Programmentwurf legte die Kommission noch folgende Resolution vor: „Der 16. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerksvereine fordert die Hauptvorstände der Gewerksvereine auf, Programme für die besonderen Berufsinteressen aufzustellen und die Entwürfe gemeinsam mit einem Vertreter des Verbandes zu beraten. Diese Programme sollen in einer vom Verband heranzugehenden Schrift gemeinsam mit dem grundlegenden Programm des Verbandes veröffentlicht werden.“ Beides wurde nach einiger Debatte einstimmig angenommen.

Der Verbandstag hat auch zwei geschlossene Sätzeungen abgehalten. Mitgeteilt wurde darüber, daß in der einen „den Verbänden vertrauen ausgesprochen und die Verbandsleitung aufgefordert wurde, mit verhärtetem Eifer für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein“. Den bisherigen Eifer scheidet man als nicht für ausreichend gehalten zu haben. In der anderen geschlossenen



Stimmung nahm man - Wahlen vor. Im, also dazu braucht man bei den Hirschen geschlossene Stimmungen. Wir erlauben uns, die Hirsch-Dunderfische Blätter, die es angeht, bei dieser Gelegenheit an den bekannten, von ihnen so gern zitierten Ausspruch Saborz zu erinnern: Das läßt tief blicken. Einige nicht uninteressante Anhaltspunkte gibt folgendes, was Erkelens in der Westdeutschen Arbeiterpost (Nr. 22) ausplaudert: „Die Tagung ist sachlich die bedeutendste wohl, die je stattgefunden innerhalb der Gewerkschaften und es bedeutet in allen wesentlichen Fragen einen fast vollen Sieg der Anicht, wie sie an dieser Stelle seit Jahren vertreten wurde. Anders liegt die Sache bei der Personenfrage. Da gab es eine unerwartete Überraschung. Die Wahl des Vorsitzenden ergab als Resultat die Person Goldschmidts mit 31 gegen 28 Stimmen, die auf Gleichgewicht fielen. Dem folgte als zweite Überraschung eine plötzliche Strömung, die den Schreiber dieses zum Redakteur des „Gewerkschafters“ machen wollte. Mit etwa zwei Stimmen Mehrheit aber fiel die Wahl auf Lewin, dem bisherigen Vertreter am Reichsversicherungsamt, der auf alle Abgeordneten durch seinen Bericht einen guten Eindruck gemacht hatte. Erkelens wurde dann gegen wenige Stimmen an Stelle Lewins gewählt.“ Also Erkelens, das antwortet terribile der Hirsche, neben seinem „besonderen Freunde“ Goldschmidt, dem verführten Vertreter der Hirsch-Dunderfische Spielart, in derselben Körperschaft! Auch war in einer der öffentlichen Sitzungen von einem Antrag auf Absetzung des Verbandsredakteurs Goldschmidt die Rede. Überhaupt wurde viel über das Verbandsorgan geredet. Dies veranlaßte Goldschmidt zu folgenden elegischen Ausführungen: „Besser machen ist schwerer als kritisieren. (Sehr richtig!) Es gehören harte Nerven, fester Glaube an die Sache und große Treue dazu, diese fortwährenden Angriffe auszuhalten. (Sehrhafte Zustimmung.) Auch der hochverdiente Dr. Max Girsch hat solche Angriffe ertragen; er schrieb nur einmal: Man kann ein Märtyrer sein, ohne gerade auf dem Scheiterhaufen verbrannt zu werden.“

Die Redaktion der freisinnigen Berliner Volkszeitung war hoch genug, diese Ausführungen in dem Bericht mit folgenden Bemerkungen zu begleiten: „Max Girsch ist nie ein Märtyrer gewesen, der Redner ist es auch nicht. Wir wissen nur aus vielen Zuschriften von Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie Verbandsorgan würde besser redigiert sein, wenn der Verbandsredakteur nicht die zeitraubende Doppeltätigkeit als Abgeordneter und Stadtverordneter ausübte. Wir haben diese Zuschriften nicht öffentlich besprochen, weil die Sache auf den Verbandstag gehört, wo sie ja nun zur Sprache gebracht worden ist. Mögen die Gewerkschaften selbst entscheiden, was sie am meisten angeht. Wir haben es abgelehnt, uns mit dieser persönlichen Angelegenheit zu befassen.“

Wir wollen gern glauben, daß Goldschmidt sich Mühe genug gibt, die Interessen der Gewerkschaften so gut zu vertreten, wie er es versteht und daß die Unzufriedenheit mit ihm nicht nur von abweichenden politischen und wirtschaftlichen Anschauungen herrührt, sondern auch zum großen Teil von unbilligen Ansprüchen an seine Arbeitskraft. Damit sind natürlich die einseitigen Ansichten Goldschmidts noch keineswegs gerechtfertigt. Bemängelt wurde, daß Goldschmidt seine Sandtätigkeiten im Verbandsorgan abdrückt. Er suchte sich damit zu rechtfertigen, daß er doch nicht lediglich seine Reden, sondern auch andere Reden, zum Beispiel solche des - Grafen Pöschelmann gebracht habe.

Zu dem Antrag, die Stellung des Verbandes zu den Unternehmern scharfer hervorzubehalten, bemerkte Goldschmidt: Bei Kämpfen, an denen Mitglieder beteiligt sind, läßt es der Gewerkschaft nicht an scharfer Stellungnahme fehlen. Man dürfe aber nicht den Vorwärt zum Rückwärt nehmen, der oftmals die Kreise der Gewerkschaftsleitungen durch vorzeitige und eigenartige Stellungnahmen fahre. Der Antrag wurde aber dennoch angenommen. Ferner wurde ein Antrag auf sozialpolitische Ausgestaltung des Gewerkschaftsorganes angenommen. Auch soll ein zweiter Redakteur angestellt werden, sobald die Mittel vorhanden sind.

Von den übrigen Sachen, die noch verhandelt worden sind, ist in erster Linie die Beitragsfrage zu erwähnen. Bislang mußte für jedes Mitglied 8 Pf. im Quartal bezahlt werden. Das war dem Gewerkschaftsmitglied ein wenig unangenehm, der in der letzten Zeit nennenswerte Fortschritte gemacht hat - zu viel. Um zu verhindern, daß dieser Gewerkschaft absperrt, mußte man sich zu einer Beitragsreduzierung bequemen. Ein Antrag, den Beitrag auf 4 Pf. festzusetzen, wurde gegen die Stimmen der Kaufleute abgelehnt, desgleichen ein Antrag auf 5 Pf. gegen die Stimmen der Kaufleute und der Tischler. Schließlich wurde ein Antrag auf 6 Pf. angenommen.

Bei den Beratungen über das Verbandsstatut traten auch Grenzangelegenheiten zutage. Daraus bezügliche Anträge wurden dem Zentralrat überwiesen.

Ferner wurde noch beschlossen, mit den nichtsozialdemokratischen Organisationen des Auslandes in Verbindung zu treten. (Da finden sich „verwandte Seelen“ zusammen.)

Zu Saarrevier soll ein Agitationsbeauftragter angestellt werden.

Am letzten Verhandlungstag debattierte man unter anderem noch über „Ausbreitungsverbände“ und „erweiterte Ortsverbände“, beides Hirsch-Dunderfische Spezialitäten. Es lohnt sich nicht, darauf genauer einzugehen.

Große Worte sind ja genug auf diesem Hüfchenland geredet worden. Das ist ja die Art dieser Leute, sich selbst und ihre Nachkommen über ihre eigene Schwäche hinwegzusetzen. Aber wie behäufend ist ihr tatsächlicher, äußerlich geringer Fortschritt zu einer Zeit, wo die freien - oder, wie die Hirsche sagen, die sozialdemokratischen - Gewerkschaften sich samt und sundas in glänzender Weise entwickelt haben. Und das alles trotz Kampferfüllter Missionen, die dazu noch an manchen Orten lange nicht so großen Schwierigkeiten begegnet, wie die Agitation der Gewerkschaften. In der tatsächlichen Bedeutungslosigkeit der Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften drängt auch der geringe Fortschritt der Agitationsverbände nicht zu ändern. Man kann mit Recht sagen: Der Verbandsrat der Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaft hat mehr Einfluß auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als die ganze Hirsch-Dunderfische.

### Statistisches von Mügeln und Umgebung.

Resultat der Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Einzelmitglieder.

Unsere Jahressumme wurde im April 1915 durch Zusammenlegen der Statistik der Firma, Mügeln und Niederhäslich gegenüber mit einer Geschäftsleiter angestellt. Daraus bringt die gesamte Mitgliederzahl annähernd 500. Gegenwärtig beträgt sie unter 1000 und am 15. März wurde ein zweiter Seminar angekündigt. Um nun einigermassen ein Bild von der Lage unserer Mitglieder zu bekommen, wurden im vorigen Herbst Fragebogen ausgegeben. Seither konnten diese wegen Arbeitsüberfüllung erst jetzt beantwortet werden. Bekanntlich wurden 222 Fragebogen. Es waren vorhanden 278, ledig oder verunmüht 406 Mitglieder. Kinder unter 14 Jahren waren 112 angegeben. Arbeits- oder arbeitslos waren 422 Mitglieder, darunter folgende der Beschäftigung im vorigen Jahre 221. Zu bemerken ist dabei, daß die Zahl der Angehörigen eine höhere war, als hier angegeben ist. Deshalb bezieht sich auch auf alle anderen Fragen, wo dies nicht anders heißt, auf die Mitglieder der Fragebogen beauftragten haben und meistens durch die und Juraus eine ziemlich große Verzerrung entsteht, so daß ein Vergleich mit früheren nicht möglich werden kann. Über die Dauer der Arbeitszeit in den verschiedenen Betrieben im Bereich der Jahressumme gibt nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten	Die Arbeitszeit beträgt in Stunden	
		pro Tag	pro Woche
2	450	10	60
4	570	5 bis 9	28 bis 53
10	1440	7 1/2	57 1/2 bis 60

Dazu ist zu bemerken, daß in einigen Betrieben an den Sonn- und Feiertagen keine halbe bis zwei Stunden früher Arbeitslohn eintritt, so daß die Arbeitszeit dementsprechend länger ist. Im allgemeinen ist die 9 1/2 stündige Arbeitszeit die Regel.

Begleitend der Lohnverhältnisse und der erreichten Verdienste in Lohn und Akkord für die einzelnen Berufsgruppen gibt nachstehende Tabelle eine vergleichende Übersicht:

Firma	Die Verdienste betragen im Durchschnitt die Woche in Mark für							
	Mechaniker in		Drehler in		Eisler in		Gießarbeiter in	
	Lohn	Akkord	Lohn	Akkord	Lohn	Akkord	Lohn	Akkord
G. Wünsche, H.-G., Reif (Shot. App.)	24,-	30,-	22,-	27,-	22,-	27,-	19,-	25,-
Serto, Gr.-Schlachter (Hof. App.)	19,60	28,-	—	—	—	—	—	—
Kunze, Gr.-Schlachter (Hof. App.)	20,50	27,-	20,50	28,-	20,50	27,50	—	—
(Nicht und Kraft) Sächsenverf. Nied.-Sedlitz (Dynamos)	22,26	28,50	20,50	28,-	20,50	28,-	19,50	25,-
Elektromotorenverf. Heidenau (Masch.-Fabrik) . . . . .	21,60	27,50	21,-	27,-	22,-	27,-	20,-	24,50
Kochstroh & Schneiders, Heidenau . . .	—	—	20,-	28,-	20,50	30,-	19,50	24,75
Gescher & Kühn, Mügeln . . . . .	—	—	21,28	26,-	21,-	26,50	16,50	24,-
Seifer, Mügeln (Stange und Kronleucht, Blechschm.)	—	—	21,-	26,50	22,-	27,50	18,50	24,-
Bierling & Co., H.-G. (Gewächshaus, etc.)	—	—	24,-	—	25,-	—	15,-	22,-
Götsch & Co., H.-G. Sedlitz (Armatur)	—	—	21,-	25,-	21,-	25,-	19,50	—
Städling & Meißel, Nied.-Sedlitz . . .	—	—	19,50	26,50	19,50	26,-	17,50	25,-
Sebr. Sein, Pirna . .	—	—	19,20	24,50	19,80	25,-	16,80	22,-

Daraus ist zu ersehen, daß der Unterschied zwischen Akkord- und Lohnverdienst verhältnismäßig hoch ist. Wenn auch die Akkordverdienste bei einer Anzahl Firmen als angemessen zu betrachten sind, ist dies aber doch ein ungeeigneter Zustand. Jedenfalls sollten die Arbeiter auf einen gesunden Ausgleich in den Lohn- und Akkordverhältnissen hinarbeiten. Als ein gerechter Stundenlohn wäre der durchschnittliche Akkordverdienst zu betrachten. Die Regelung in dieser Form würde auch für den Unternehmer kein Zugewinn bedeuten, vielmehr würde dies nur der Billigkeit entsprechen, da ja der Arbeiter, wenn er in Lohn arbeitet, auch nicht in dem Maße weniger leistet, als es durch die Lohnbilligkeit zum Ausdruck kommt. In den meisten Fällen bleibt die Arbeitsleistung fast die gleiche. Deswegen ist es eine Ungerechtfertigkeit, für die gleiche Leistung in Lohn bedeutend weniger zu bezahlen. Eine Reihe von Unternehmern sieht noch auf dem rückwärtigen Standpunkt, eine bestimmte Grenze festzusetzen, bis zu der in Akkord verdienen werden darf. Damit schadet sich der Unternehmer selbst, da dies nichts anderes ist als eine künstliche Beschränkung der Arbeitsleistung.

Eigene Gießereien haben elf Betriebe, und zwar acht Eisen- und drei Metallgießereien. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind nach den Vereinbarungen anlässlich der Absperrung geregelt. Eine Ausnahme macht das Sachverwert in Niederhäslich. Dort wurde schon vor der Absperrung mit dem Vertreter unserer Organisation ein Tarif abgeschlossen, woraus der Anfangslohn für Sommer 50 Pf. beträgt. Auch die Akkordpreise sind so gestellt, daß ein zufriedenstellender Verdienst erreicht wird. Es sind aber auch einige Gießereien im Bezirk, wo über niedrige Löhne geklagt wird. Dort liegt es aber an der Energielosigkeit der betreffenden Kollegen selbst. Die hygienischen und familiären Einrichtungen sind in allgemeinen nicht mangelhaft, nur über ungenügende Waschgelegenheit wird in einzelnen Betrieben geklagt. Größtenteils sind die Fragebogen war, daß dort, wo das Organisationsverständnis ein gutes ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zufriedenstellend sind. An den Arbeitern liegt es, darauf ihr Augenmerk zu legen und die Organisation zu stärken, um mit deren Hilfe Zustände herbeizuführen, wie sie in vorgeschätzten Betrieben vorhanden sind. Je auch noch lange nicht alles erreicht, so sind doch in den letzten zwei Jahren durch das Entstehen der Organisation in einer großen Anzahl von Betrieben wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht worden. Durch ständige Mühen und unermüdbare Aufmerksamkeit unter den noch herrschenden Umständen ist es auch in Zukunft gelingen, allen Beteiligten den Nutzen der Organisation begründlich zu machen.

### Der Streik bei Seidel & Raumann in Dresden.

Über die Ereignisse während der letzten Wochen ist kurz folgendes zu berichten: Es wird alles möglich versucht, um das Renommee der Firma wieder zu verbessern, das durch ihr eigenes Verschulden so sehr gelitten hat. Dazu sucht sie alles denkbare zu machen, was irgendwie möglich ist, ihre Interessen zu vertreten. Die Soziale Praxis hat in ihrer Nr. 31 eine auf 31 Seiten lange, mit geradezu fänglicher Verknüpfung abgefaßte Kritik über das Verhalten der Seidel & Raumann in Dresden gebracht. Flugs wurde der Redaktion die - Jahressumme von Seiten der Metallarbeiter in der Umschulungsbewegung Dresden eine lange Besichtigung zugekauft, die in der folgenden Nummer abgedruckt, aber von der Redaktion auch mit folgender Bemerkung versehen wurde: „Die hier mitgeteilten Tatsachen und Angaben würden übereinstimmend mit den die ganze Handlung der Besichtigung nicht so deutlich den einseitig-jahressummen Standpunkt des Arbeitgebers-Verbandes zum Ausdruck bringen.“ Die Soziale Praxis haben es sich selbst vorgenommen, daß man auch in bürgerlichen Kreisen ihre Worte nicht immer für bare Münze nimmt.

Die Gießerei haben der Firma nicht lange ihre „Dienste“ widmen können. Am letzten März Mai bereits wieder 16 von den englischen Maschinen Dresden verlassen, um aber Hamburg nach England zu verpacken. Der Hauptgrund für ihre „Flucht“ war, daß die Firma ihre Beschäftigten nicht mehr zahlte. Es kamen und gingen fortwährend Arbeitswillige. Die meisten hielten es nur einige Tage bei der Firma aus, nachdem sie gesehen hatten, daß es ignora war, die dann von den Kollegen vertrieben wurden. Einige (15) wurden (15) zu verdienen. Einige hatten in vierzehn Tagen ganze 25 Mk verdient. Nach einer ganzen Jahressumme wurden am 14. März ganze 66 Metallarbeiter herausgeschickt, während in anderen Teilen der Woche nur 50 Stück herausgingen. In Friedrichstadt wurden 96 gefahren, während früher um dieselbe Zeit mindestens 120 gefahren wurden waren. Noch glücklicher war aber die „Produktion“ im Eisenbahnenbereich. Dort wurden früher täglich 30 bis 50 gefahren, während die englischen „Gießereien“ ganze zwei fertig lieferten. Nach dem die Arbeiterwilligen nachließen, solange sie in Eisenbahnen beschäftigt wurden, wurde ihnen auf das, was sie fertig bringen, ganz die Sache wohl, schied aber von der Firma aus, und, daß im Akkord gearbeitet werden soll, verlassen auch die Arbeiterwilligen den Betrieb. Jedenfalls haben die Metallarbeiter der Gießereien den Arbeitern eine jährliche Summe Geld. Ein Beispiel für viele. Für das Gießereien der Mügeln an den Schreibmaschinen gab es früher 10 Pf. Ein Arbeiterwilliger hat in vierzehn Tagen 49 Stück Wagen fertiggestellt, das ist eine Arbeit für 4,50 Mk., das ganze hat die Firma gelohnt müssen.

Die Arbeiter der Firma haben an sich andere Vorteile zugewonnen, wenn die Firma nicht mehr zahlen kann. Besonders sind es die Beschäftigten im Eisenbahnen (Chemnitz), die sich jetzt auf dem Punkte einer neuen Rechnung stehen. Solche „Rechnungsarbeiten“ müssen den Arbeitern große Freude machen.

Im Verlag eines gewissen Arbeitswilligen Frisch ist, jedenfalls auf Kosten der Firma, ein bei Hermann Schoenfeld gedrucktes Sammeljurium von Unternehmern und Bossheit herausgegeben und verteilt worden, das den Stempel der Wache an der Stirn trägt. Es richtet sich in der Hauptsache gegen eine Dresdener bürgerliche Zeitung, die es gewagt hat, in einem Falle objektiv über den Kampf bei Seidel & Raumann zu berichten. In dem Nachwort wird von den organisierten Arbeitern als vor „Straßenräubern“ geredet, die zwei Angestellte der Firma hinterlistig zu Boden geschlagen hätten, von „Strolchen“, die zu feige gewesen wären, ihre Opfer vor vorn anzugreifen, von „Beitern“, vor denen die Direktion ihre Arbeiter schützen müsse, weshalb sie ihnen den „Ausgang verboten habe“ (!). Diese Beispiele genügen wohl, um die Sudelei zu kennzeichnen.

In einer Versammlung am 23. Mai wurde den Streikenden mitgeteilt, daß die Firma sich veranlaßt gesehen habe, in der Gießerei pro Arbeiter 1 und 1/2 Pf. zuzulegen. Wenn man vor dem Streik in dieser Form den Arbeitern entgegengekommen wäre und die Freile aufgebessert hätte, wäre keine Ursache vorhanden gewesen, in eine Bewegung einzutreten. Wie wenig Sympathie die Firma jetzt selbst bei ihren Kollegen besitzt, beweist am besten der Umstand, daß die jetzt um Arbeit bei den Unternehmern ansetzenden Seidel & Raumann'schen Arbeiter fast überall den Vorzug erhalten. Dagegen ist der Zufluß von Arbeitswilligen aus England anfangs Juni ins Stöcken geraten. Die „Zeuggebliebenen“ lassen es sich auf ihre Art in Dresden „wohl sein“. Aber selbst die Dresdener Polizei, die doch sicher „über den Verdacht erhaben“ ist, daß sie braven Arbeitswilligen unverdienterweise zu nahe tritt, wird nicht umhin können, ihrem Treiben ein Ende zu bereiten. Es dürfte auch über ihre Gemütsfreiheit hinausgehen, wenn Arbeitswillige auf der Straße zwei miteinander sprechende Polizisten anpacken und mit den Köpfen aneinanderstoßen. Auch ist schon beobachtet worden, daß Engländer aus den Fenstern der ersten Etage ihre Notdurft verrichteten, was sich die Nachbarschaft wohl auch nicht gefallen lassen wird.

Im Betrieb herrscht zwischen den englischen und den Berliner Arbeitswilligen Spannung und Eifersüchtelei, so daß es schon zu Keilereien zwischen diesen Edlen gekommen ist. Die Berliner sind darüber erbost, daß sie nur 45 Pf. Stundenlohn erhalten, während man den Engländern 50 Pf. zahlt, obwohl diese nach Meinung der Berliner überhaupt keine Arbeit fertig bringen.

Im Interesse der deutschen Industrie muß man es bedauern, daß eine Firma von Welt Ruf in ihrer Verblendung auf solche Weise selber ihr Ansehen untergräbt.

### Die Genossenschaftsbewegung.

[?] Daß der Wert der Konsumgenossenschaftlichen Organisation nicht lediglich auf dem Gebiet der Warenverteilung liegt, kommt durch die innere Entwicklung der Konsumvereine zu immer stärkerem Ausdruck. Es wird mehr und mehr erkannt, daß bei den heutigen wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnissen im Handelsgewerbe die Schaffung eines Produktionszweigs bei den Konsumvereinen mit zu den Garantien ihrer Konkurrenzfähigkeit und Anziehungskraft auf die Konsumenten gehört. Denn wenn auch die händlerischen Gegenorganisationen auf dem Gebiet der genossenschaftlichen Selbsthilfe noch in ziemlich nassem Windeln liegen, so ist doch unverkennbar, daß auch ihnen der Wert des genossenschaftlichen Zusammenschlusses immer mehr zum Bewußtsein kommt und dementsprechend die Ausdehnung, der Ausbau und die innere Entwicklung mit dementsprechender größerer Leistungsfähigkeit als künftige Tatsachen mit größter Wahrscheinlichkeit ins Auge zu fassen sind. Nimmt man noch dazu, daß in einzelnen größeren Städten des In- und Auslandes bereits auf die individualistische Form des Geschäftsbetriebs verzichtet wird, indem der Detailhandel zum „Schutze“ gegen Warenhändler und Konsumvereine selbst Warenhäuser auf genossenschaftlicher Basis errichtet - wie zum Beispiel in Wachen und in Basel -, so fehlt an dem Wille nichts mehr, das uns den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf einer nicht sehr fernen Zukunft in einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der gegenseitigen Konkurrenten zeigt. Und das die den Konsumvereinen begrifflich biterfeindlichen Händlerorganisationen nicht lediglich beim Schreien nach Staatshilfe und gesetzgeberischen Maßnahmen zur Unterdrückung der Konsumvereine stehen bleiben, sondern zu positiven Leistungen der Selbsthilfe auf dem Boden des Genossenschaftswesens übergehen, zeigt sinnesmäßig die Tatsache, daß in Breslau, der schlesischen Wirtschaftsmetropole, die genossenschaftlich vereinigten Kolonialwarenhändler eine eigene Bäckerei besitzen, die eine ganz respektable Produktion von jährlich rund 4 Millionen Kilogramm Brot leistet; außerdem besitzt die Vereinigung noch eine Seifen- und Simonadefabrik, ebenfalls mit den modernsten Einrichtungen. Besonders beachtenswert ist dabei, daß in Breslau selbst der größte Konsumverein Deutschlands mit zirka 80000 Mitgliedern existiert, der auch eigene Bäckerei, eigene Mineralwasserfabrikation etc. betreibt.

Aus diesen Tatsachen und der ins Auge zu fallenden großen Wahrscheinlichkeit, daß sie im Laufe des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes noch eine starke Vermehrung erfahren werden, ergibt sich jedenfalls der Schluss, daß die Entwicklung des Konsumvereinswesens nicht nur eine positive Wirkung an sich, das heißt für die Konjunktion der Volkswirtschaft bedeutet, sondern daß sie rückwirkend eine individualistisch-genossenschaftliche Warenverteilung und Produktion auslöst, die leichter zu einer größeren Hemmung der Konsumvereine werden kann, als alle staatliche Mittelstandsprotektion zum Schutze des Klein- beziehungsweise Detailhandels überhaupt. Die Volkswirtschaft hat ihre Gesetze so gut, wie jede organische Entwicklung des Lebens. Leistet die individualistisch-genossenschaftliche Betriebsweise sowohl auf dem Gebiet des Handels wie auf dem der Produktion den Konsumvereinen Ebenbürtiges, so kommt deren Entwicklung entweder zum Stillstand oder wird so verlangsamt, daß sie einer anspruchsvollen Charakter als Wirtschaftsfaktor nicht zu erreichen vermögen. Denn der Konsum unterliegt weniger dem Einfluß des genossenschaftlichen Idealismus, als den Einflüssen des realen Wirtschaftslebens, sofern sie vorzeitige Bedeutung für die Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse besitzen. In welcher Form dies dann geschieht, ist ihm unbekannt.

Dieser schwierige Punkt in der Entwicklung des Konsumvereinswesens, der in der genossenschaftlichen Eigenproduktion, das heißt in deren Steigerung besteht, scheint in England bereits überwunden zu sein. Und das es immer nur möglich sein kann, wenn der Schwächere vom Stärkeren vor allem den Gebrauch der Kräfte lernt, die er vielleicht schon besitzt, deren Anwendung und Stellung er aber nicht kannte oder bisher verjämmt hat, so kommen die neuesten in der Konsumgenossenschaftlichen Preise veröffentlichten Erhebungen über den Umfang der britischen Genossenschaftsproduktion im Jahre 1905 gerade recht, um an einem Beispiel den Wert der genossenschaftlichen Eigenproduktion der Konsumvereine dem deutschen Konsumenten, und dabei vor allem dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu veranschaulichen. Der bedeutende Umfang der britischen Genossenschaftsproduktion und ihre Verteilung auf die einzelnen Genossenschaftsarten geht aus folgender Aufstellung hervor:

Genossenschaftsart	Wert der Produktion in £	Zahl der Angehörigen	Löhne in £
Produktionsgenossenschaften	73 643 990	10 457	10 745 480
Konsumgenossenschaften	27 566 320		
Konsumvereine	127 416 500		
Großhandels- und Einzelhandelsgenossenschaften	123 082 269	19 227	21 480 560
Zusammen	351 712 620	45 233	47 746 780











Sozialorganisationen und deren anwesende Führer auf, sich zu den Vorträgen zu äußern. Da nicht darauf reagiert wurde, so unternahm Pawlowitsch nunmehr eine Klöppelung der Handlungen des Industriearbeiterverbandes und dessen Organs, das sich im hiesigen Kreise den stolzen Namen „Stahlwurm“ erworben hat. Er hatte bei Eintritt seiner Stellung gehofft, eine Einigung zu einem gewissen gemeinsamen Vorgehen zu erzielen. Die Anspielungen in den damaligen Nummern des Blattes, das noch Organ der Metallarbeiter war, seien kaum ins Auge gefaßt, diese Meinung zu erschüttern. Als aber nach Übernahme des so „geistvoll“ geleiteten „Blattes“ in Regie des Industriearbeiterverbandes sich das nicht geändert habe, als allen Begreifen von Unstand zum Fohne Verstärkungen und Verdächtigungen sein Ende nahmen, trotz der Klärung, die er im „Stahlwurm“ gegeben, da sei er zu anderer Überzeugung gekommen. Abtätlich hätte man solche Unwahrheiten und Verdächtigungen verbreitet. Die Kritik der Abrechnung des Verbandes sei eine Klärende von Unverstand. Würdiger über sich an die sonderbare Weise, die von jener Seite mit allem Halls inszeniert wurde. Obwohl „selbständig“, also den Gefahren der Klärrichtung nicht ausgelegt, hätten von dem so „harten“ Industriearbeiterverband „ganze 21 Mann daran teilgenommen, gegenüber 300 Mann, die zu der Majestät der Metallarbeiter erschienen waren. Die Gesellschaft konnte diesmal nicht unter den Fittichen der Metallarbeiter den 1. Mai feiern, deshalb das Resultat. Die Krone hätte man aber sämtlichen Handlungen aufgesetzt, als der Geschäftsführer Böhmer des Industriearbeiterverbandes die sogenannten Ein- und dreifachen, jene Streikbrechergeellschaft, die den ausgeprägten Schlägerarbeitern seinerzeit in den Rücken keulen, in Waise und Regen, ohne jede Sichtung in den Industriearbeiter-Verband überführte. Den Streikbruch so zu glorifizieren, fange die Industriearbeiter-Verband und dessen Führer. Der so beschränkte Weg führe zur Korruption, den Industriearbeiter-Verband zu dem Titel „Weißer Gewerkschaft“. Zu bebauern seien die Arbeiter, die sich für diese nichtsnutzigen Zwecke gebrauchen ließen. Heute sei man zu feige, Rede zu stehen. In nächster Nummer des „Wurm“ würde es von Schimpfereien wimmeln. Hier sei der Platz zur Verteidigung. Wiederum verjagten die lokalistischen Führer in ihrer Bescheidenheit, trotz der von ihnen ausgehenden Zwischenrufe. Sodann wies Kollege Sandler darauf hin, daß trotz seines Fortgehens von Solingen nichts anders geworden sei. Wie Pawlowitsch, so würde auch jeder andere Geschäftsführer von diesen Leuten begünstigt werden. Die Angriffe gegen den Vorstand in Stuttgart, wie überhaupt die fortwährende Beschuldigung der Zentralorganisation sei das Hauptprinzip jener Leute. Die Parteipresse am Orte könne auch mit ihnen zu Liebäugeln und sich in diesem Punkte wenig um die Grundzüge der Partei zu kümmern. Dagegen würden die Metallarbeiter schließlich Front machen müssen, das solle man sich gesagt sein lassen. Wo bleibe die Kritik über die festliche Weise, von der Pawlowitsch gesagt, daß die Führer von jener Seite keine Ahnung von gewerkschaftlicher, wie der Arbeiterbewegung überhaupt besäßen? Wollte man mit diesem Verhalten den Beweis erbringen, daß die Solinger Lokalisten reif sind für den Anschluß an die Generalkommission? Sogar gewalttätig werde man im Interesse des Industriearbeiterverbandes. Eine Skizze habe Interesse daran, die Arbeiter auseinander zu halten. So sei neuerdings von „Geschäftsführerseite“ behauptet worden, der Metallarbeiter-Verband regle die Beschwerden seiner Mitglieder nicht, obwohl das nicht zuträfe. Diesem Treiben gegenüber sei die beste Antwort, den Zusammenschluß im Auge zu behalten und mit allen Kräften zu fördern. Zwischenrufe zur Geschäftsordnung und die Äußerungen Böhmers zur Geschäftsordnung veranlaßten Pawlowitsch zu der Feststellung, daß, obwohl Böhmer Geschäftsführer des Industriearbeiterverbandes sei, er keinen Schimmer von parlamentarischen Gebräuchen kenne. Zum Schluß forderte Bernick die Solinger Arbeiterkassette noch einmal auf, nicht jenen Ruf der Zerplitterung zu folgen, sondern dem Unternehmertum den Beweis zu erbringen, die Kämpfe und Erfolge der gesamten Arbeiterkassette sicherstellen zu helfen. Damit schloß die imposante Versammlung, die nach hiesigen Blättern von bedeutend mehr als 700 Personen besucht war. — Zu vorstehendem Bericht ist noch folgendes nachzutragen: In der Versammlung im Kaiseraal meldeten sich die anwesenden Führer des Industriearbeiterverbandes zwei wiederholte Aufforderungen nicht zum Worte, nur durch ein überreichliches Quantum von Zwischenrufen machten sich die Herren bemerkbar. Pawlowitsch wies damals schon darauf hin, daß die nächste Nummer des Stahlwurm-Blattes wohl sich zu den Ausführungen der Redner äußern werde. Das ist nun eingetroffen. In einem Artikel, benannt „Ein Spektakelstück“, fanden die Stahlwurm-ler im Kaiseraal abgehenden geformte Sprache wieder. Und was für eine! Sie reden in ihrem Geschwätz davon, daß die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes „demonstrativ“ von der Versammlung fernbleiben seien. Es ist möglich, daß diese Behauptung der Wahrheit entspricht, nur verweigern die Stahlwurm-ler die Tatsache dabei, daß die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes den von diesem einberufenen Versammlungen ebenso „demonstrativ“ fernbleiben. Im allgemeinen scheint unsere Versammlung bei den „Industriearbeitern“ eine heillose Begriffsverwirrung hervorgerufen zu haben, und sie haben völlig den Körperverlust verloren, der bei normalen Menschen der Sitz des Verstandes ist. Diese Leute, die von sich schreiben, daß sie unsere Ausführungen „in gelassener Heiterkeit“ und „eifrigem Schwärmen“ entgegennehmen, sind in der Tat disponiert für eine 16monatige Kastration. Das sie Veranlassung hatten, während Zwischenrufen zu machen, muß man ihnen ohne weiteres zugeben. Selbst das minimale Begriffsverständnis der anwesenden „Führer“, das möglicherweise durch lokalistische Inzucht zu einem verjährenden Verste zu sammenergehrung ist, empfand diese Quantitätsbestimmung als eine empfindliche Tracht Prügel. Und es waren nicht nur schalkende Ohrenfeigen, sondern klärende Pfeilschüsse, die sie von Pawlowitsch und Sandler erhielten. Es wäre ja zuviel verlangt, daß die „eifrigem Schwärmen“ verharrenden, sich aber dennoch in ständiger Tat zur Geschäftsordnung meldenden, aber zu etwas anderem redenden Industriearbeiter die Ausführungen unserer Kollegen verstanden hätten. Denn bei dem „eifrigem Zustand“ scheint ihnen das nach Willkür zum wägen des Gehirns eingeschoren zu sein. Auf all die Salbaderei, die sich der „Stahlwurm“ leistet, hier einzugehen, wäre Verschwendung von Druckschwarz. Deshalb seien nur einige von den Schwandeleien niedriger gehalten. Sie wiederholen nur schon zum zweiten Male die von Pawlowitsch gegebene Schwindelei mit der Jahresabrechnung. Aber sie schweigen auch zum zweiten Male darüber, was ihnen Pawlowitsch in der Scherenschilderungsverammlung um die Ohren geschlagen hat. So führte Pawlowitsch an, daß fortwährend im „Stahlwurm“ von der Unzufriedenheit der in Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Tischen- und Hebermeister-Redner, -Schreiber und Ausmacher mit der Organisationsleitung geschrieben werde. Dagegen seien in einer vom Industriearbeiter-Verband einberufenen kombinierten Versammlung dieser drei Gruppen sage und schreibe 21 (einsundzwanzig) Mann erschienen! Pawlowitsch hielt ihnen — auch zum zweiten Male — ihre (Nicht-)Beteiligung an der Weise vor, die sie mit großem Lament eingeleitet und mit ebenso großem Juridizier ausgeteilt hatten. Die bißstünige Behauptung des „Stahlwurms“, daß die Weise eine politische Seite sei und ihr Arrangement den politischen Organisations unterliege, wurde den Stahlwurmern durch das Wannheimer Parteitagprotokoll widerlegt. Weiter legt der „Stahlwurm“ durch die Hürde die Entscheidung machen, daß der Metallarbeiter-Verband aus der Parteikasse 200000 Mk. erhalten habe. Des Stahlwurms „Wissen“ geht nun dahin, daß vom dem Metallarbeiter-Verband diese Behauptung nicht bestritten worden ist und er versucht mit Bedauern die Verrechnung dieser 200000 Mk. Wiederholt es uns auch so, auch wir vernützen diese Buchung. Aber als gewissenhafte Menschen schlugen wir das Protokoll des Wannheimer Parteitages nach, und da wir in den Ausgaben des Parteibuchens keinen Posten von 200000 Mk. finden, sind wir beruhigt. Ob auch der „Stahlwurm“? Vielleicht fragt er mal beim Parteivorstand an. Besonders schwer liegt den Stahlwurmern die Summe von 300000 Mk. die als Ausgabe für Solingen unter „Sonstiges“ gebucht ist, im Auge. Der „Wurm“ schreibt nämlich: „Des Geistes Kinder die Metallarbeiterbeamten übrigens sind, dafür ließe Pawlowitsch noch zwei anderen Beweise. In der vorigen Nummer unseres Blattes

magellen wir fest, daß in der Abrechnung der Solinger Verwaltungskasse für das erste Quartal dieses Jahres die Summe von 800000 Mk. als „Sonstige Ausgaben“ figuriert, über deren Verwendung man der Öffentlichkeit keinen Aufschluß geben dürfe. Pawlowitsch war nun so unvorsichtig, zu erklären, daß wir wohl gern wissen möchten, welche Bewandnis es mit dieser Summe habe, aber man würde uns das nicht auf die Nase binden. Überhaupt würde der Metallarbeiter-Verband in Zukunft seine Abrechnung so machen, daß die Industriearbeiter überhaut nicht klug daraus würden! Und dazu scheint man im Metallarbeiter-Verband Ursache zu haben. Biese Zungen behaupten nämlich, daß den Solinger Metallarbeitern ein Fonds (Reptilienfonds?) zur Bekämpfung des Industriearbeiterverbandes vom Hauptvorstand zur Verfügung gestellt worden ist, dem auch die erwähnten 800000 Mk. angehören sollen.“ Wir sind einfach baff über den Scharffinn des „Stahlwurms“. Er hat recht und hat auch nicht recht. Wohl haben wir einen Reptilienfonds zur Bekämpfung des „Stahlwurms“ beantragt, aber nicht in der lächerlich geringen Höhe von 300000 Mk. Wir haben in Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse beim Vorstand einen Fonds in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark beantragt. Unser Vorstand hat nun, in richtiger Würdigung, uns diesen Fonds versagt mit der Begründung, daß solche Dummheiten, wie der „Stahlwurm“ und seine Anhängel verzapfen, nicht mit Geld zu bezahlen seien. Und Sandler! Der hat es den Wärmern nun angetan! Es ist jedenfalls das eine zu verzeichnen, daß die Ausführungen Sandler in der „eifigen Ruhe“ der Industriearbeiter-Trauerzeit verursacht haben. Wie von Tartarstein gestochen machten sie Zwischenrufe, die mit der behaupteten „Gelassenheit“ in sonderbarem Kontrast standen. Alles in allem: die Brüder haben böse Wünsche getriegt und schimpfen nun wie die Kokoripagen. Wie jämmerlich feig sich die Gesellschaft benommen hat, wird selbst allseitig von den Mitgliedern des Industriearbeiterverbandes be—wundert. Wir geben ihnen jetzt wieder drei bis vier Monate Zeit. Dann erfolgt die zweite Abrechnung auf Konto 1907. Da wir aber Gemütsmenschen sind, soll auch der Stahlwurm mal recht behelligen. Er schrieb in Nr. 11 als Schlußsatz in einem Artikel: „Es sind doch prächtige Kerle, diese Metallarbeiterbeamten! Schade um jeden Tropfen Tinte, den wir ihrerhalber — leider — versippen müssen.“ Ausgezeichnet! Ganz unsere Meinung!

**Wismar.** Seit dem 29. April befinden sich sämtliche Metallarbeiter der hiesigen Waggonfabrik von Crul & Co. im Streik. Veranlassung zur Arbeitseinstellung war, daß in letzter Zeit solche Akkordanzüge gemacht worden waren, daß es den Kollegen unmöglich war, unter solchen Verhältnissen weiterzuarbeiten. Eine von den Arbeitern gewählte Kommission versuchte alles, um mit der Fabrikleitung in Unterhandlung zu treten. Diese erklärte aber kurz: Die Abzüge sind gerecht. Nachdem 200 Schlosser, Schmiede, Klempner und Dreher die Arbeit nicht wieder aufnehmen, wurden weitere 500 Tischler, Stellmacher, Maler und Sattler ausgesperrt. Die Kommission wurde wieder vorkestellt. Der Firmeninhaber erklärte, sämtliche Arbeiter sollten die Arbeit wieder aufnehmen. Dann würde eine Akkordregelung herbeigeführt werden. Auf dieses Versprechen gingen unsere Kollegen ein und am 27. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Diese Herrlichkeit war aber von kurzer Dauer, denn nach einigen Stunden verließen wieder sämtliche Metallarbeiter den Betrieb. Die versprochene Akkordregelung war derart, daß eine Verschlechterung herauskam. Die Folge war wiederum Aussperrung sämtlicher Arbeiter. Kollegen, wir haben einen sehr harten Kampf zu führen, was wir auch von vornherein gewußt haben. Wir sind aber alle fest entschlossen, den Kampf so lange zu führen, bis wir als Sieger daraus hervorgehen. Streikbrecher haben sich bis jetzt noch nicht gefunden. Kollegen, haltet den Zugzug fern, dann muß der Sieg unser werden.

**Jungfer.** Den Kollegen werden die Anzeigen der Westdeutschen Seidewerke aus der Jungferzeit wohl bekannt sein, hauptsächlich durch das häufige Erscheinen in der letzten Zeit. Sabor würde unbedingt anzuerkennen: Das läßt tief blicken. Das läßt es auch. Eine Firma, die ihren Arbeitern gerecht wird, braucht nicht alle Tage in der Zeitung zu prangen, denn die Fabrikanten, die viel inferiorer, zeigen damit öffentlich an, daß in ihren Fabriken nicht alles so ist, wie es sein sollte. In dem oben genannten Werke treibt ein Meister namens Sypert sein Unwesen. Er verzieht es, anständiger Arbeiter aus der Bude zu bringen. Die Bude selbst, behaupten die Kollegen, sei eine Brutstätte der Proletarierfrucht. Lohnreduktionen anstatt Erhöhungen sind an der Tagesordnung. Unter der Werkstatt stehen zwei ziemlich defekte Porzellanbrennöfen, von denen ausströmender Rauch und giftige Gase durch die Bude ziehen. Oftmals müssen die Arbeiter ihre Plätze verlassen, um sich vor Veräufung zu schützen. Als Rauchschicht dient ein alter Ginnar. Kleiderstränge sind ambeantete Dursgegenstände. Ob die Gewerbeinspektion hier machtlos ist? Wir empfehlen den Kollegen, diese Giftbude zu meiden, auch wenn in den Insektarien das Blaue vom Himmel herunter versprochen wird, zum Beispiel steigender Lohn, dauernde Stellung und dergleichen angenehme Dinge mehr. Die Stadt Effen, herühmt als „Lungenpeststätte“ und Ort mit „anständiger“ Säuerungsveranlagung, hat schon manchen Kollegen enttäuscht. Kommt dann eine derartige paradiesische Bude hinzu, so ist man froh, den Staub wieder von den Pantoffeln jährteln zu können. Viel Schuld tragen auch die Arbeiter selbst, wenn in einer Fabrik oder Werkstatt derartige Verhältnisse herrschen. Würden die Kollegen endlich einsehen, wie gerade in unserem Beruf die Organisation nötig ist, dann hielte Gewalter Hein auch nicht so reiche Ernte unter uns, weil wir dann durch die Organisation kürzere Arbeitszeit, bessere Lohnverhältnisse und gute sanitäre Einrichtungen erzwingen könnten. Wir erlauben die Kollegen allerorts, Effen zu meiden. Wer natürlich geschädigt sein will, dem ist nicht zu helfen, der mag sein Glück in dem Westdeutschen Seidewerk versuchen, die Nase wird er bald voll haben.

**Öffentliche Angelegenheiten.**

**Verfammlungsreden in denen der Deutsche Metallarbeiter-Verband behandelt wird, betreffen nicht immer öffentliche Angelegenheiten.** — Der Metallarbeiter Schulz, der Vorsitzende der Ortsverwaltung Harburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes, war wegen Verletzung der §§ 1 und 12 des preussischen Vereinsgesetzes vom Landgericht Stade zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er eine Werkstattversammlung der Arbeiter der Firma Schmidt & Behrens nicht bei der Polizei angemeldet hatte. Der § 1 des preussischen Vereinsgesetzes verlangt die Anmeldung vor Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen. Das Landgericht führte begründend aus: Der Angeklagte bestritt, daß es sich um eine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten handelte und betonte, die Versammlung sei dazu bestimmt gewesen, nur Einrichtungen der Firma Schmidt & Behrens, namentlich hygienische, zu besprechen. Indessen gebe Angeklagter selber zu, daß nebenbei auch vom Metallarbeiter-Verband gesprochen worden sei, ohne daß man jedoch zum Beitritt aufgefordert habe, da schon alle Anwesenden Mitglieder des Verbandes waren. Das Landgericht nehme nun an, daß es immer eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten sei, wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband behandelt werde, denn dieser suche auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Die Versammlung hätte deshalb angemeldet werden müssen und der Angeklagte als Verantwortlicher sei wegen der Nichtanmeldung zu bestrafen. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht das Landgerichtsurteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: So gewiß die Behandlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die einer öffentlichen Angelegenheit sein könne, so gewiß gebe es Fälle, wo die Erörterung des Verbandes keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, sondern nur eine solche in inneren Angelegenheiten der Beteiligten sei. Letzterer Fall liege vor, wenn zum Beispiel die Frage behandelt werde, ob dieser oder jener als Beamter des Verbandes angestellt werden solle, ob das Gehalt der Verbandsbeamten genüge, ob ein anderes Sitzungslot zu beschaffen sei und dergleichen mehr. Etwas anderes wäre es jedoch, wenn für den Verband Propaganda gemacht werde, wenn die Frage der Organisation der Arbeiter nach allgemeinen Gesichtspunkten behandelt würde. Dann würde es sich um öffentliche Angelegenheiten handeln. Da nun darüber, in welcher Weise der Metallarbeiter-Verband in der Versammlung behandelt werden sei, bisher nichts feststehe, so müsse das Landgericht nochmal in der Sache verhandeln.

**Wieder eine gestörte Terrorismlgende.**

Als bei der Firma Ortman in Osnabrück im vorigen Jahre die Forme freitren, sollten die Streitenden dadurch „Landfriedensbruch“ verübt haben, daß sie an einem großen Menschenauflauf vor dem Fabrikgroßhändler teilgenommen hätten. Der Staatsanwalt hatte schon im ersten Prozeß Freisprechung beantragt, dessen ungeachtet wurden damals sämtliche Angeklagte zu je vier Monaten Gefängnis (1) verurteilt, ebenso war auch die Revision verworfen worden. Rechtsanwalt Dylhoff war es indessen gelungen, das Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Bei der jetzigen Beweisaufnahme, der eine Besichtigung des Lagers vorangegangen war, konnte keiner der vier Polizeibeamten befehlen, die Forme am Tatort gesehen zu haben. Nur dem Forme Speidener konnte nachgewiesen werden, daß er nach Beendigung des ganzen Vorganges sich in der Nähe des Grundstücks aufgehalten hatte. Interessant gestaltete sich die Vernehmung des Fabrikanten Ortman und eines damaligen Streikbrechers. Der Zeuge Ortman führte an, daß die Angeklagten bei ihm um Arbeit angefragt hätten, von ihm aber abgewiesen worden seien. Bei ihrer Verweisung vom Fabrihof habe sich dann eine größere Menschenmenge vor dem Eingang der Fabrik angeammelt, da es nach Beendigung der Arbeitszeit war und der Weg der Stahlwerker am Grundstück vorbeiführte. Die Menge sei auch sofort taktisch geworden und man habe ein zwanzig Minuten langes Steinbombardement gegen ihn geführt, wobei halbe Barsteine als Wurfgeschosse gebildet hätten. Rechtsanwalt Dylhoff drückte seine Verwunderung darüber aus, daß der Zeuge dabei nicht zu Tode gekommen sei, denn man müsse doch bedenken, daß das Bombardement nach Lage des Ortes in unmittelbarer Nähe stattgefunden haben müsse. Darauf erklärte Ortman, daß er auch am Meise getroffen worden sei. Der Zeuge schilderte dann den weiteren Vorgang. Zu seiner Schutze habe er sich zwei Arbeitswillige aus der Fabrik geholt, die mit Revolvern bewaffnet, ihm beistehen sollten. Kurz nachdem sie den Eingang zum Fabrihof besetzt hätten, sei aus der Menge geschossen (2) worden, ungefähr zwanzig Schüsse (3) seien gefallen; erst nachdem von außen geschossen hätten sie auch zur Waffe gegriffen. Rechtsanwalt Dylhoff betonte, daß es doch sonderbar erscheine, daß Leute, die von der Arbeit kamen, mit Revolvern „bewaffnet“ gewesen sein sollten. Jedenfalls sei der Zeuge erzregt gewesen und habe dadurch unbewußt übertrieben. Auf die Frage des Präsidenten, ob Zeuge die Angeklagten in der Menge gesehen habe, verneinte er dies. Bei der Vernehmung des bei der Firma beschäftigten Lehrlings Friedrichs und ebenso des Arbeitswilligen Las, der am Feuergefecht teilgenommen hatte, ergaben sich Widersprüche mit der Aussage Ortmanns. Der Lehrling, der um 6 Uhr die Fabrik verließ, hatte nicht bemerkt, daß mit Steinen geworfen wurde. Auch sagte er aus, daß der erste Schuß aus der Fabrik gefallen sei. Der Arbeitswillige Las sagte aus, daß aus der Fabrik fünf bis sechs Schüsse und aus der Menge zwei Schüsse gefallen seien. Dieser Zeuge und der Zeuge Ortman wurden gegenübergestellt, doch trüben sich die Widersprüche nicht auf. Während der Gegenüberstellung der beiden machten sich im Zuscherraum Heiterkeitsausbrüche bemerkbar. Der Verteidiger bemerkte noch, daß auf dem Fabrikgroßhändler von den Arbeitswilligen allabendlich Schießübungen veranstaltet wurden. Den Angeklagten gelang es, durch sechs bis sieben Zeugen den Beweis zu erbringen, daß sie bei den fraglichen Vorgängen überhaupt nicht am Tatort waren; somit blieb dem Staatsanwalt nichts anderes übrig, als auch diesmal wieder selbst die Freisprechung zu beantragen. Der Verteidiger hatte deshalb leichtes Spiel, so daß das Gericht nunmehr auch auf Freisprechung erkannte. Solche „Terrorismuskfälle“ müssen dann als Material zu Schwandeleien à la Reichsliagenverand dienen.

**„Sozialdemokratische Seite gegen die Berufsvereinschancen“**

Von Berlin aus wird ein Wäschzettel mit obiger Überschrift verwendet, unterzeichnet von Chr. Gerhardt, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Berufsvereinschancen. Wir wollen diese Drucksache, die weder durch den Umschlag, noch auf sonst irgend eine Weise als authentisch gekennzeichnet ist, als echt ansehen, zumal sie sich mit der Metallarbeiter-Zeitung beschäftigt. Es handelt sich um folgenden Sachverhalt: Durch die Tagespresse ging vor einigen Monaten eine der Straßburger Post (Nr. 178 vom 15. Februar) entkommene Notiz, wonach ein Arbeiter infolge eines Unfalls ein Bein verloren hatte und dafür monatlich 10 Mk. Unfallrente erhielt. Nachdem er bei einem Fuhrunternehmer leichte Beschäftigung gefunden hatte, sei ihm von der Berufsvereinschancen die Rente entzogen worden. Das habe der arme Schluider sich so zu Herzen genommen, daß er sich erhängte. Nach dem Wäschzettel soll nun diese Notiz nicht richtig sein und die Straßburger Post sich am 28. Februar in ihrer Nr. 224 veranlaßt gesehen haben, eine Berichtigung zu bringen, die folgende wesentliche Punkte enthielt: Erstens habe der Verunglückte monatlich neben Post und Wohnung 15 Mk. Lohn erhalten. Zweitens habe er keine Unfallrente, sondern Invalidenrente bezogen. Drittens sei ihm die Rente schon einige Monate vorher entzogen worden; sein Erhängen stehe also damit in keinem zeitlichen Zusammenhang. Viertens habe er keine Beamten, der die Entziehung der Rente veranlaßt habe, keine Schuld getroffen, denn die Invalidenrente könne nach dem Gesetz nur dem gewährt werden, der nicht mehr als ein Drittel des ortsüblichen Lohnes verdienen könne, was auf den Verunglückten nicht zugefallen habe. Fünftens habe er sich das Leben genommen, nachdem ein von ihm gestellter Privatanktrag abgelehnt worden sei.

# Rundschau.

## Heimarbeitersstellung zu Frankfurt a. M.

Die Vorarbeiten für die Heimarbeitersstellung sind im Laufe der letzten Monate erheblich vorgeschritten. Eine weitgehende Arbeitsteilung ist durchgeführt und für jeden einzelnen Heimarbeiterspezifisch ein besonderer Fachausfluß ins Leben gerufen worden, dessen Aufgabe es sein soll, die Verhältnisse der von ihm zu bearbeitenden Branche innerhalb des Rhein-Maingebiets genau zu erforschen. So gibt es einen Ausschuß für Herrenkleiderkonfektion, für Herrenschneiderei, für Damen-, für Wäschekonfektion, für Schirmfabrikation, für Lederindustrie, für Perlenindustrie und andere mehr. Im Ganzen sind 33 Fachausfluße bereits an der Arbeit, und etwa 15 andere werden vermutlich noch geschaffen werden. Die weitgehende Arbeitsteilung hat sich als notwendig erwiesen, da das zu erforschende Gebiet zu groß ist, um bei jeder vorbereiteten Heimarbeiterspezifischen die Arbeit auf die Schultern eines einzigen Ausschusses zu legen, zumal wenn die Verhältnisse in den einzelnen Orten oder Branchen sehr verschieden liegen. Die Ausschüsse sind in der Weise zusammengefaßt, daß ihnen stets neben dem wissenschaftlichen Leiter Unternehmer und Arbeiter in gleicher Anzahl angehören. Es werden in nächster Zeit an Unternehmer und Arbeiter Fragebogen ausgegeben werden, deren genaue Ausfüllung wesentlich zum Gelingen der Ausstellung beitragen wird. Mit Rücksicht darauf darf wohl erwartet werden, daß jeder, dem ein solcher Fragebogen zugeht, ihn ausgiebig und wahrheitsgetreu beantwortet. Wir werden von dem wissenschaftlichen Ausschuß der Ausstellung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Fragebogen lediglich wissenschaftlichen Zwecken dienen, und daß sie nicht zur Kenntnis irgend welcher Behörden, besonders nicht zur Kenntnis von Polizei- und Steuerbehörden gelangen. Die Fragebogen können deshalb ohne jedes Bedenken und ohne jede Scheu ausgefüllt werden. Es wird sich wohl niemand der kleinen Mühe der Ausfüllung des Fragebogens entziehen, zumal er dadurch zum Gelingen des sozial so wichtigen und segensreichen Unternehmens auch seinerseits beitragen kann.



also nicht wegen der Sozialdemokratie. In diese Angaben werden dann in dem Nachhinein folgende Bemerkungen geknüpft:

Obwohl jedem Arbeiter, der nur einigermaßen mit dem Wesen unserer sozialen Arbeiterversicherung vertraut ist, die obige, unter dem 15. Februar gebrachte Zeitungsnote als ungläubwürdig erscheinen und ihn veranlassen wird, Aufklärung abzuwarten, eventuell eine solche selbst herbeizuführen, bekommt es das Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes — trotz der in der Tat als bald erfolgten Mitteilung — dennoch fertig, noch nach Monaten die total falsche Mitteilung für ihre demagogischen Zwecke in einer Art auszugeben, die man gleichfalls nicht mehr für möglich halten sollte, und die deswegen gewiß verdient, weitesten Kreisen bekannt gegeben zu werden. In ihrer Nummer vom 4. Mai gestattete sich nämlich die in Stuttgart erscheinende Metallarbeiter-Zeitung folgende Leistung:

Dann folgt unsere unter der Spitzmarke: „In den Tod getrieben“ in Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 143 und 144. erschienene Note. Zum Schluß wird auf dem Nachhinein bemerkt:

Es wäre nicht verwunderlich, wenn dieser „Fall“ demnächst auch im Reichstag gegen die Berufsgenossenschaften ausgeschlachtet würde als Material für die Art der Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes.

Dazu haben wir folgendes zu bemerken: Die angeblich am 28. Februar in der Straßburger Post erschienene Berichtigung war uns unbekannt geblieben, da wir dieses Blatt nicht hatten. Aus diesem Grunde und ferner aus dem Grunde, daß die Straßburger Post ein bürgerliches Blatt ist, das doch sicher ganz besonders vermeidet, den Berufsgenossenschaften etwas Unverdienliches zuleide zu tun, mußten wir die Note für wahr halten und haben sie deswegen in guten Glauben noch verwendet, nachdem sie wegen Raummangels wiederholt zurückgestellt worden war. In diesem guten Glauben wurden wir um so mehr bestärkt, als es schon früher vorgekommen ist, daß ein Berufsglückler es lieber vorgezogen hat, sich das Leben zu nehmen, als sich noch weiter der „liebenvollen Behandlung“ durch die für ihn in Frage kommende Berufsgenossenschaft auszuweichen. Die Note der Straßburger Post war also keineswegs schon von vornherein so unglaubwürdig, wie sie Herr Gerhardt hingustellen beliebt. Daß wir — um in Worten des Herrn Gerhardt zu reden — die Mitteilung „für unsere demagogischen Zwecke ausbeuteten“, indem wir sie mit einem passenden Kommentar versehen, erachteten wir als unsere Pflicht, da wir Arbeiter-Interessen und nicht die Interessen der Berufsgenossenschaften zu vertreten haben. Wir werden uns deswegen keineswegs abhalten lassen, auch künftig so über die Berufsgenossenschaften zu schreiben, wie wir es im Interesse der Wahrheit für nötig halten, auch wenn dies Herrn Gerhardt nicht gefällt. Ferner wollen wir nicht unterlassen, zu bemerken, daß wir uns keineswegs gewisergewiss hätten, eine von der zuständigen Berufsgenossenschaft uns zugesandte Berichtigung aufzunehmen. Dies geschah jedoch nicht. Statt dessen wurde dieser falsche Bericht veröffentlicht. Manches gegnerische Blatt wird ihn sicher mit großem Behagen nachdrucken, seinen Lesern unsere Entgegnung aber sorgfältig verheimlichen. Vielleicht sollte aber gerade dieses durch den Nachhinein erreicht werden. Dann hat jedoch sein Urheber am allerwenigsten Ursache, sich über uns zu entrüsten.

„Sozialdemokratische Kirchenräuber.“

Unter der vielversprechenden Überschrift: „Zwei Vertrauensleute des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes als Kirchenräuber“ lief im November vorigen Jahres durch die gesamte ordnungsliebende Presse ein Bericht über eine vor der Düsseldorf Straßburger Straßammer abgehaltene Verhandlung, worin zwei Verbandemitglieder wegen verachteter Einbruchsdiebstahls in der Pfarrkirche zu Bernath zu Gefängnisstrafen von 5 und 4 Monaten verurteilt wurden. Wir haben jenseitig unter ausführlicher Darstellung des Sachverhaltes unserer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die beiden Kollegen unschuldig sind. In ihrem Überseer hatten sich die beiden zu einem dummen Streiche hinreißen lassen und wollten ein Doppelplakat am alten Turm der früheren katholischen Kirche anbringen. Dieser Turm ist unten mit Brettern zugemauert, die sie mit einem Brecheisen losmachen wollten. Ehe sie jedoch zur Ausführung ihres Vorhabens kamen, wurde der eine verhaftet. Der andere wurde am folgenden Tage aus der Fabrik herausgeholt. Die Tatsache nun, daß die Verhaftung in unmittelbarer Nähe der katholischen Kirche erfolgte, in Verbindung mit einigen halbfalschen Indizienbeweisen genügte dem Bericht zur Verurteilung. Selbst der Staatsanwalt hatte die Freisprechung beantragt. Glücklicherweise gelang es dem Verteidiger, am Reichsgericht die Aufhebung des Urteils und die Rückverweisung an die Düsseldorf Straßammer zu erzielen. In der neuen Verhandlung am 31. Mai erfolgte dann auch die sofortige Freisprechung beider Angeklagten. Ein jettiger Hype ist damit in erster Linie unseren Freunden in Christo jenseitig willkommen. Sogar auf der Generalversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes in Kachen beschloß man sich mit dieser „schwierigen Falle“. Als die Verhandlung im August vorigen Jahres laut wurde, sehr Peter Drosch, der christliche Agitator mit der eisernen Stirn, sofort nach Bernath zur dorrigen Polizei, um an der Quelle Ermittlungen einzuleiten; eine eine Gerichtsverhandlung abzuwarten, schließlich man die Sache agitatorisch aus. Nun ist es wieder mal nichts, aber das wird unsere braven Christen wenig betrüben. Nach wie vor werden sie Umsätze machen in der Verleumdung ihres lieben Nächsten unter der Devise: für Wahrheit, Freiheit und Recht. Eine schlaube Gesellschaft!

Sich-Dauernde.

Ein verächtlicher Wusch. Der Regierat bracht in seiner Nr. 23 die Tagesordnung zum Internationalen Metallarbeiterkongress an und bemerkt dazu: „In diesem Arbeitspapier geht es nicht, ohne den die anderen Sätze in der Luft hängen bleiben, das wäre: 7. Beratung darüber, wie die sozialistischen Metallarbeiter aller Länder die Meinungsfreiheit in ihren betriebsbezogenen Sünden auch andersdenkenden gegenüber hochhalten haben, und wie die sozialistischen Metallarbeiter aller Länder mit den anderen Metallarbeiterorganisationen ihrer betriebsbezogenen Länder eine dauernde Verbindung herbeiführen können. Die Behandlung dieser Frage wäre jedenfalls weit zwingender als der den Abschluß der Arbeiterangelegenheiten durch den revolutionären Generalstreik.“ — Sie möchten gar zu gern wissen, werden aber kein Glück damit haben, denn bei unseren unerschütterlichen Bundesgenossen erziehen sie sich allgemeiner Berachtung.

Arbeiterversicherung.

Rückfragen Reaktionen. Wenn die Unfallversicherung einzuweisen werden, wenn der Verletzte im weiten, sich in ein betriebsbezogenes Krankenhaus zu begeben? Diese interessante Entscheidung hätte das Reichsversicherungsamt zu entscheiden. Der Sachverhalt war folgender: Ein Eisenarbeiter zu Buzbach (Oberbayern) wurde schwer verletzt in die Unfallversicherung nach Gießen verbracht. Nach vorläufiger Krankenhauslager wurde der Schwerverletzte ungehört wieder entlassen und erhielt von der Unfallversicherungsbetriebsgenossenschaft die Bescheinigung, daß nach dem Stande der Sache der Verletzte seinen Beruf nicht ausüben kann. Der Verletzte hat sich jedoch nicht in dem Krankenhaus zu begeben, sondern in die Unfallversicherung nach Gießen zu begeben. Dies ist die Ursache der Verletzung, die die Unfallversicherungsbetriebsgenossenschaft nicht zu belegen. Der Verletzte hat sich jedoch nicht in dem Krankenhaus zu begeben, sondern in die Unfallversicherung nach Gießen zu begeben. Dies ist die Ursache der Verletzung, die die Unfallversicherungsbetriebsgenossenschaft nicht zu belegen. Der Verletzte hat sich jedoch nicht in dem Krankenhaus zu begeben, sondern in die Unfallversicherung nach Gießen zu begeben. Dies ist die Ursache der Verletzung, die die Unfallversicherungsbetriebsgenossenschaft nicht zu belegen.

leistet habe. Zu einem ganz anderen Schlusse kam aber das Reichsversicherungsamt, das unter anderem erklärte: „Zwar war der Kläger, wie in Abereinstimmung mit dem Schiedsgericht anzunehmen ist, an sich verpflichtet, sich in die Klinik nach Gießen zu begeben. Gleichwohl rechtfertigt seine Weigerung nicht die Verfassung der Entscheidung.“ Demnach § 23 Abs. 2 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes darf der Schadenerfolg auf Zeit ganz oder teilweise nur dann verlagert werden, wenn nachgewiesen wird, daß durch das den Anordnungen der Berufsgenossenschaft widerstrebende Verfahren des Verletzten seine Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst wird. Dieser Nachweis ist in vorliegendem Falle nicht erbracht. Im Gegenteil ist aus dem Gutachten des Geheimen Medizinalrats Dr. Hönge zu Gunsten zu entnehmen, daß sich der Zustand des Verletzten während seines Aufenthaltes in dem Krankenhaus zu Gungen zwar langsam, aber stetig gebessert hat, insofern die Vererbung an Oberextremität vollständig erfolgt ist und die der Wade und des Schienbeins auch fortzuschreiten beginnt. Hiernach war die Verfassung der Entscheidung auf 6 Monate nicht gerechtfertigt.“

Vom Ausland.

England.

Nach dem 79. Jahresbericht der Freundschaftsgesellschaft der Eisenarbeiter (Friendly Society of Ironfounders) haben ungefähr 12000 Mitglieder dieses Verbandes im vergangenen Jahre Lohnrückgehungen von 1 bis 2 Schilling in der Woche (im Durchschnitt 1 Schilling 6 Pence) erhalten. Die Arbeitslosigkeit im Verband, die im Jahre 1905 1255 Mitglieder (7,1 Prozent) betroffen hatte, war im Jahre 1906 auf 679 Mitglieder (3,6 Prozent) zurückgegangen. Zur Unterhaltung der Arbeitslosen waren 1905 nicht weniger als 17682 £ 14 s. 2 d. erforderlich, 1906 ging die Summe auf 9721 £ 6 s. 2 d. zurück. Dagegen ging die Krankenunterstützung auf 11449 £ 1 s. 2 d. Ferner wurden ausgegeben an Begräbniskosten 3465 £, Altersunterstützung 19879 £ 6 s. 3 d., Streikunterstützung 5046 £ 6 s., Unfallversicherung 1281 £ 16 s. 2 d. Die Gesamtausgabe betrug 66817 £ 13 s. 1 1/2 d. Das Vermögen beträgt nahezu 100000 £. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt rund 20000. Von diesen nimmt in einer Urabstimmung über die Wiederbeteiligung an den jährlichen Gewerkschaftskongressen dafür 2519, dagegen 3420.

Literarisches.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. I. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. 175 Seiten à 20 Pf. — Von diesem Werke sind bis jetzt die ersten drei Lieferungen erschienen. Aus dem Inhalt nennen wir: 1. Kapitel: Berlin Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. 2. Kapitel: Berlin Arbeiter in den Märztagen. 3. Kapitel: Die Sammlung der Arbeiter in den Revolutionstagen. 4. Kapitel: Der erste Berliner Arbeiterkongress und sein Ziel. 5. Kapitel: Die Arbeiter und die letzten Revolutionstagen. Der Verfasser schildert unter Herbeiführung reichen Urkundenmaterials die Zeit der achtundvierziger Revolution u. d. die Anteilnahme der Arbeiter an dieser Bewegung. Mit großem Interesse wird der Leser die Schilderungen der Barrikadenkämpfe verfolgen. Er sieht die damaligen Volkserwartungen und ihren Forderungen und ihren Mäßen, und gewinnt ein lebhaftes Bild der Zeitverhältnisse. Bernstein schildert, wie langsam und mühevoll agitiert und organisiert werden mußte, um Berlin zu der Hauptstadt der sozialistischen Welt zu machen. Bestimmungen auf das im Verlag der Buchhandlung Bernerits erscheinende Werk nimmt jede Buchhandlung und jeder Kolporteur entgegen.

Stoffieren. Einleitung zum Stoffieren von Maschinen und Maschinenarbeiten für den Unterricht an technischen Fachschulen und zum Selbstunterricht von Ab. Viech, Regierungsbaumeister und Oberlehrer an der höheren Maschinenbauerschule des Technikums der freien Hansestadt Bremen. Mit 51 Abbildungen. Bremen, Selbstverlag des Verfassers Ad. Viech, Bremen, Neuhofstraße 112. 49 Seiten. Preis gebunden 1 Mk. — Das Werkchen ist knapp, klar und übersichtlich abgefaßt. Es ist deswegen geeignet, unseren Kollegen die oft sehr notwendige Anleitung zum Stoffieren zu geben.

Allgem. Grenzt- und Sterbetafel der Metallarbeiter (S. 5. 29 Hamburg).

Das Protokoll über die 14. ordentliche Generalversammlung der Kaffe in Zeitzburg in Bayern ist im Druck erschienen und zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar für die Mitglieder zu beziehen. Vorher dem Mitgliedsexemplar erfolgt die Bestellung nur auf Bestellung. Die Druckverrichtungen werden ersetzt, schließlich die Bestellungen einzuführen, falls sie bestimmt auf Befriedigung derselben rechnen wollen, da laut Beschluß der Generalversammlung von 3000 Exemplare angefertigt worden sind. Hamburg, den 5. Juni 1907.

Verbands-finzeigen

- Samstag, 22. Juni: Kates. 8 Uhr. ... Sonntag, 23. Juni: ... Montag, 24. Juni: ... Dienstag, 25. Juni: ... Mittwoch, 26. Juni: ... Donnerstag, 27. Juni: ... Freitag, 28. Juni: ... Samstag, 29. Juni: ... Sonntag, 30. Juni: ...

Sonntag, 23. Juni: Dornmund (Reiffelsh.) Martin, v. 11. ... Montag, 24. Juni: Rathenow (Gorna.) Kristallpalast, 7/9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. Feilenhauer. Das Umfuchen und Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeiter nachweislich für Feilenhauer befindet sich beim Kollegen Karl Koch, Berlin N., Neue Spöhr. 23, 2. ...

Wie als ausgeföhren betrachte: Bertram Wieland, Bielefeld. ...

Gestorben.

Wie-Beierfeld. Guido Arno Peggold, Klempner, 18 Jahre. ...

Privat-finzeigen.

- Mehrere tüchtige Maschinenfeilenhauer gegen guten Lohn u. dauernde Beschäftigung sofort gesucht. ... Für Feilenhauer! Ein tüchtiger Feilenhauer auf Schlicht- und kleine Arbeit findet dauernde, gutbezahlte Arbeit. ...

Soeben erschienen Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland

nach Tatsachenmaterial zusammengestellt und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. In Anbetracht, daß die Behandlung der Maifeierfrage auf dem diesjährigen internationalen Kongress großes Interesse erwecken dürfte, ist dieses übersichtlich zusammengestellte Material wertvoll für die, die sich über diese Frage informieren wollen.

Verkaufspreis 1,50 Mk. für Verbandsmitglieder durch die Verwaltungen bezogen 1 Mk. Für Einzelbesteller, die sich als Mitglieder anderer Gewerkschaften und der Partei ausweisen 1 Mk. ...

Soeben erschienen Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung

Von Paul Kampffmeyer Separat-Abdruck aus der Metallarbeiter-Zeitung VIII und 116 Seiten, broschiert Enthält 20 verschiedene Abhandlungen über Wesen und Ziele der Arbeiterbewegung. ...

Bestellungen unter 10 Stück werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags oder per Nachnahme ausgeführt. Einzeldruckungen von Verbandsmitgliedern werden nur aus Nichtverbandsorten sowie solchen Verbandsorten entgegengenommen, wo eine größere Anzahl von Bestellungen nicht zusammenkommt und ist hierbei der Betrag von 60 Pfennig mit der Bestellung per Postanweisung an den unterzeichneten Verlag einzuzahlen.

Alexander Schlicke & Cie., Stuttgart, Rötterstr. 16 b. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.